

Stenographisches Protokoll.

8. Sitzung der I. Session der VI. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Dienstag, den 25. Jänner 1955.

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Sassmann (Seite 65).
2. Abwesenheitsanzeige (Seite 65).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 65).
4. Verhandlung:

Antrag des Wirtschaftsausschusses, betreffend das Gesetz über die Wiedereingeltungsetzung energiewirtschaftlicher Vorschriften bezüglich Gase in Niederösterreich. Berichterstatter Abg. Dienbauer (Seite 65); Abstimmung (Seite 65).

Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1955. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 65). Redner zur Generaldebatte: Landesrat Müllner (Seite 67), Abg. Dubovsky (Seite 73), Abg. Wondrak (Seite 82), Abg. Hilgarth (Seite 87).

PRÄSIDENT SASSMANN (*um 15 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich entschuldigt Herr Abg. Franz Müllner.

Zahl 25 der Tagesordnung betrifft den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1955. Die Anträge hiezu in der vom Finanzausschuß in seiner Sitzung vom 20. Jänner 1955 beschlossenen Form sind im Voranschlag enthalten. Die Anträge des Finanzausschusses, betreffend den Gesetzentwurf über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1955, und betreffend den Gesetzentwurf über die teilweise Umlegung des nach dem Familienlastenausgleichsgesetz auf das Land Niederösterreich entfallenden Beitrages auf die Gemeinden, liegen auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*):

Vorlage der Landesregierung, betreffend den Voranschlag des Schulbaufonds für Niederösterreich für 1955.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Stadtgemeinde Krems/Donau, Bericht des Rechnungshofes über die Gebarungüberprüfung 1952.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Stadtgemeinde Baden, Bericht des Rechnungshofes über die Gebarungüberprüfung 1953.

PRÄSIDENT SASSMANN (*nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse*): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Abg. Dienbauer, die Verhandlung zur Zahl 61 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. DIENBAUER: Hohes Haus! Ich habe namens des Wirtschaftsausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend das Gesetz, betreffend die Wiedereingeltungsetzung energiewirtschaftlicher Vorschriften bezüglich Gase in Niederösterreich zu berichten.

Der Wirtschaftsausschuß hat sich mit dieser Vorlage in seiner letzten Sitzung befaßt. Es wurde festgestellt, daß auf dem Gebiete der Energiewirtschaft bezüglich Gase ein gesetzloser Zustand besteht. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, die bis zum 20. Oktober 1948 in Geltung gestandenen bezüglichlichen Vorschriften über Gase als landesgesetzliche Vorschriften wieder in Kraft zu setzen.

Der Antrag des Wirtschaftsausschusses lautet (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf (*siehe Landesgesetz vom 25. Jänner 1955*) über die Wiedereingeltungsetzung energiewirtschaftlicher Vorschriften bezüglich Gase in Niederösterreich wird genehmigt.

2. Die niederösterreichische Landesregierung wird beauftragt, bezüglich der Durchführung das Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt keine Wortmeldung vor, wir gelangen daher zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den Wortlaut des Gesetzes, über Titel und Eingang und über das Gesetz als Ganzes, sowie über den Antrag des Wirtschaftsausschusses*): A n g e n o m m e n.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Schöberl, durch seinen Bericht die Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1955 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. SCHÖBERL: Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat in eingehenden Beratungen den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf des Voranschlages für das Jahr 1955 durchgearbeitet. Diesen Entwurf zu genehmigen und zu verabschieden, ist nunmehr Auf-

gabe des Hohen Hauses. Gruppe für Gruppe des Voranschlages wird in den nächsten Tagen einer eingehenden Beratung zu unterziehen sein und in der Fülle von Zahlen, die genannt werden müssen, und in der Menge von Diskussionsbeiträgen, Wünschen und Kritiken, die von den Abgeordneten sicherlich vorgebracht werden, wird sich die Bedeutung dieses Werkes dokumentieren. Ist es doch so, daß die Finanzwirtschaft des Landes durch das Mittel des Budgets auf die sozial-, produktions- und wirtschaftspolitische Entwicklung des Landes bestimmenden Einfluß nimmt. Ich darf hiebei darauf hinweisen, daß die Schaffung eines so bedeutenden Zahlenwerkes ganz besondere Anforderungen an alle Referenten und Beamten des Amtes der Landesregierung stellt, die alle ihren Teil dazu beigetragen haben. Ganz besondere Anerkennung gebührt jedoch dem Finanzreferat dafür, daß es nach Zusammenfassung aller Teilvoranschläge in eine einheitliche Form, nunmehr ein so schönes und übersichtliches Elaborat zur Verfügung stellt.

Ich betrachte es als meine Aufgabe als Berichterstatter vorerst noch einmal so kurz wie möglich die wesentlichen Grundsätze des Entwurfes des Voranschlages Ihnen und der Öffentlichkeit vor Augen zu führen. Der Form nach ist der Voranschlag für das Jahr 1955 gegenüber dem Voranschlag der Vorjahre im wesentlichen unverändert geblieben.

Nach den Richtlinien für die Erstellung der Voranschläge der Länder, welche das Bundesministerium für Finanzen auf Grund des § 16 des Finanz-Verfassungsgesetzes zu dekretieren berechtigt ist, ist, soweit Voraussetzungen hiefür bestehen, eine Teilung des Voranschlages in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Voranschlag vorzunehmen. Diese Unterscheidung ist finanzpolitisch insofern von Bedeutung, da für die Erfordernisse des außerordentlichen Voranschlages zumindest zum Teil außerordentliche Deckungsmittel, wie Erlöse aus Schuldaufnahmen, Veräußerungen von Vermögen usw. verwendet werden müssen.

Nach den erwähnten Richtlinien sind Ausgaben nur dann als außerordentliche zu behandeln, wenn sie der Art nach im Landeshaushalte nur vereinzelt vorkommen oder der Höhe nach den normalen Wirtschaftsrahmen erheblich überschreiten.

Die Schlußziffern der Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlages stellen sich wie folgt dar:

Die Ausgaben des ordentlichen Voranschlages betragen 716,486.900 S. In dieser Ziffer sind Mehrbeträge von 2,200.000 S enthalten, welche auf Grund der Anträge des Finanzausschusses gegenüber der Regierungsvorlage entstanden sind. Ebenso enthalten die Ausgaben des außerordentlichen Voranschlages von 172,696.600 S Mehr-

beträge auf Grund der Anträge des Finanzausschusses von 68,276.600 S gegenüber der Regierungsvorlage, sodaß die Gesamtausgaben des Landesvoranschlages 889,183.500 S betragen.

Demgegenüber stehen Einnahmen im ordentlichen Voranschlag von 659,260.600 S und im außerordentlichen Voranschlag von 80,000.000 S, zusammen von 739,260.600 S.

Es ergibt sich mithin ein Abgang im ordentlichen Voranschlag von 57,226.300 S und im außerordentlichen Voranschlag von 92,696.600 S, zusammen von 149,922.900 S.

Die Bedeckung dieses Abganges soll, soweit es sich um den Abgang der außerordentlichen Gebarung handelt, durch Kreditoperationen erfolgen, während der Abgang der ordentlichen Gebarung durch Einsparungen abzudecken sein wird, soweit nicht durch Mehreinnahmen die Bedeckung gefunden werden kann.

Das Gesamtausgabevolumen des Voranschlages für das Jahr 1954 bezifferte sich unter Berücksichtigung der Zuführungen zum außerordentlichen Haushalt von 30,000.000 S auf 651,641.000 S.

Die entsprechende Ziffer für das Voranschlagsjahr 1955 lautet bei einer Zuweisung an den außerordentlichen Haushalt von 45,000.000 S auf den Betrag von 844,183.500 S.

Dies entspricht einer Erhöhung des Gesamtausgabevolumens von 29,5 %. Hiebei ist besonders in Rechnung zu ziehen, daß im Hinblick auf die Rückgliederung der Randgemeinden die Zweckaufwandkredite gegenüber dem Vorjahre um 10% erhöht worden sind.

Im ordentlichen Voranschlag ergeben sich gegenüber dem Vorjahre Mehrausgaben von 137,509.900 S. Hiebei sind Anträge des Finanzausschusses von 2,200.000 S gegenüber der Regierungsvorlage berücksichtigt. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen von 118,725.000 S gegenüber. Es ergibt sich sonach eine Erhöhung des Abganges gegenüber dem Vorjahr um 18,784.900 S.

Die Mehreinnahmen sind in der Hauptsache auf den höheren Ansatz der Ertragsanteile im Betrage von 74,000.000 S und damit im Zusammenhange auf den höheren Ertrag der Landesumlage von rund 10,000.000 S zurückzuführen. Diese Erhöhungen erklären sich nicht zum geringsten Teile aus dem Mehreingang aus Ertragsanteilen, der sich aus der Rückgliederung der Randgemeinden ergibt. Die restliche Einnahmevermehrung ist auf den höheren Eingang von Verpflegskosten, von Beiträgen von Gemeinden und Interessenten für Instandsetzung und Umbau von Landesstraßen, von Bedarfszuweisungen des Bundes für Gemeindeverbände und Gemeinden zurückzuführen, sowie auf eine bessere Erfassung der Landeseinnahmen im allgemeinen. Der Mehr-

aufwand auf der Ausgabenseite ist verursacht durch Mehrkosten im Personalaufwand in der Höhe von 43,468.500 S und durch die Erhöhung der Sachkredite um 94,041.400 S. Die Erhöhung des Personalaufwandes ist in der Hauptsache auf die Anwendung der Bezugszuschlagsverordnung 1953 hinsichtlich der 2. und 3. Etappe auf die Bediensteten des Landes Niederösterreich zurückzuführen.

Der unbedeckte Abgang des ordentlichen Voranschlags von 57,226.300 S, der sich mit 8% des Gesamtaufwandes darstellt, hält sich in annehmbaren Grenzen. Es muß jedoch Vorsorge getroffen werden, daß er durch geeignete Maßnahmen noch im selben Jahre nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Diese Maßnahmen sollen, wie schon in den Vorjahren, darin bestehen, daß durch eine allgemeine gleiche, prozentuelle Kürzung aller Ausgabenkredite des ordentlichen Haushaltes, welche nicht Pflichtausgaben, das heißt auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage basierende Ausgaben, sind, eine Hereinbringung ermöglicht wird. Der Abgang des außerordentlichen Voranschlags, welcher, vermehrt durch die Anträge des Finanzausschusses in der Höhe von 68,276.600 S, sich mit dem Betrage von 92,696.600 S beziffert, soll durch Kreditoperationen gedeckt werden. Die im außerordentlichen Voranschlag vorgesehenen außerordentlichen Einnahmen bestehen aus Leistungen des Bundes zur Wohnbauförderung gemäß § 4 des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 von 35,000.000 S und aus Zuführungen aus dem ordentlichen Haushalt von 45,000.000 S.

Dem Voranschlag ist der Dienstpostenplan für das Jahr 1955 beigegeben. Er enthält gemäß § 6 Abs. 2 der Dienstpragmatik der Landesbeamten die Zahl der benötigten Dienstposten und ihre Verteilung auf die einzelnen Dienstzweige, getrennt nach Verwendungsgruppen und Dienstpostengruppen. Er wurde unter Zugrundelegung einer sparsamen, jedoch leistungsfähigen Verwaltung erstellt, liegt aber in seinen Ansätzen um 4% höher als im Rechnungsjahr 1954. Diese Vermehrung ist einerseits bedingt durch die Rückgliederung der Randgemeinden und die damit notwendig gewordene Installierung der Bezirkshauptmannschaften für Wien-Umgebung und Mödling, andererseits mußte den erhöhten Personalanforderungen aller vom Gebietsänderungsgesetz betroffenen Verwaltungszweige Rechnung getragen werden. Auch die geplante Erhöhung des Bauvolumens, der Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel für die Bundeswohnbauförderung und für die landwirtschaftliche Wohnbauförderung, die Bildung der Grundverkehrs-Landeskommission und der Hochwasserschädenkreditaktion und die Erweiterung der Mutterberatungs- und Säuglingsfürsorge sind als wesentliche Faktoren des vermehrten Personalaufwandes zu betrachten. Weiters ist ein Ansteigen auf dem technischen Sektor, auf

dem Gebiet der Wissenschaft und Kultur, auf dem Gebiet des Fortbildungsschulwesens, durch die Verbesserung des Ärzteschlüssels bei den Heil- und Pflegeanstalten und im Schuldienst notwendig geworden.

Die Übernahme von Bediensteten der Gemeinde Wien erfordert 140 Dienstposten für die Hoheitsverwaltung.

Bei einer Gegenüberstellung des systemisierten Standes des Vorjahres ergibt sich, daß für das Rechnungsjahr 1955 im Endeffekt ein Zuwachs von 758 Dienstposten entstanden ist. Hier ist lediglich der Zuwachs von 334 Dienstposten als echte Vermehrung zu betrachten, während die zur Deckung von 270 Bediensteten aus dem Personalstand der Gemeinde Wien (140 für die Hoheitsverwaltung, 130 Straßenpersonal) notwendigen Dienstposten sowie die aus dem Sachaufwand herausgeschälten 154 Dienstposten der Kollektivvertragsbediensteten wohl zahlenmäßig als Zuwachs aufscheinen, jedoch nur als unechte Vermehrung anzusehen sind.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, über diesen Bericht die Generaldebatte abführen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Bevor ich die Generaldebatte eröffne, erteile ich Herrn Landesrat Müllner als Finanzreferent dieses Landes das Wort.

LANDESRAT MÜLLNER: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Budget 1955 liegt vor Ihnen. Es ist das 10. Budget, das der niederösterreichische Landtag in der Zweiten Republik zu beraten und zu beschließen hat. Wenn Sie an das erste Budget, das für das Jahr 1946 erstellt wurde, zurückdenken, dann sind diese zwei Haushaltsordnungen so grundlegend verschieden, daß wir uns eigentlich wundern müssen, daß in einem Zeitraum von zehn Jahren sich die Wirtschaft eines Landes, wie jene unserer Heimat, so verändern konnte. Damals hatten wir wertloses Geld, es herrschte Warenmangel, und es waren überhaupt überall ungeheure Schwierigkeiten vorhanden. Diese Faktoren, als ein Ausfluß der Gegebenheiten, die nicht zu ändern waren, hatten das Budget bestimmt. Heute liegt das Budget vor uns als der Ausdruck dessen, was wir mit den vorhandenen Mitteln in diesem Jahr zu tun beabsichtigen. Wir haben es mit Haushaltsmitteln zu tun, mit denen wir die Wirtschaft und die Verhältnisse in unserem Lande nachhaltig beeinflussen. Es sind Mittel, mit deren Einsatz wir darüber entscheiden, welche Waren umgesetzt und welche Arbeiten durchgeführt werden sollen.

Wir vergessen nur zu oft und zu leicht, daß die Verhältnisse nicht immer durch Warenüberfluß und durch einen beständigen Wert des Geldes gekennzeichnet waren. Wenn wir uns mit dem

vorliegenden Budget befassen, so soll daher vor allem die Stabilität unserer Währung und der Warenüberfluß sowie eine Beschäftigung der arbeitenden Menschen hervorgehoben werden, die wir fast als Vollbeschäftigung bezeichnen können.

Hohes Haus! Dieses Budget soll so wie das Bundesbudget ein Bekenntnis zum Aufbau unserer Wirtschaft sein, ein Bekenntnis vor allem zur Stabilität und zur Festigkeit unserer Währung. Es soll aber auch ein Bekenntnis zur Sparsamkeit sein, weil diese die Voraussetzung für die Stabilität und für die Wertbeständigkeit der Währung ist. Dieses Budget soll aber auch der Ausfluß und das Bekenntnis zur produktiven Arbeitsbeschaffung sein, die nicht immer leicht zu erfüllen ist, insbesondere dann, wenn die Mittel nicht in dem Maße vorhanden sind, wie wir es selber wünschen würden. Aus diesem Grunde haben wir besonders im außerordentlichen Haushalt eine Erhöhung der Mittel vorgenommen, um gerade diesen letzten Gedanken besonders zu unterstreichen, nämlich das Bestreben des Landes Niederösterreich, durch produktive Arbeitsbeschaffung zur Hebung der Wirtschaft und der Beschäftigungsmöglichkeit beizutragen. Es ist selbstverständlich, daß die Wirtschaftsbelebung nicht immer allein durch Einnahmen und Ausgaben möglich ist, sondern daß insbesondere der Weg der produktiven Arbeitsbeschaffung gegangen werden muß, wenn die Einnahmenseite nicht eine solche Höhe aufweist wie die Ausgabenseite.

Wenn auch das Budget auf seiner Ausgabenseite uns hoffnungsvoll und optimistisch in die Zukunft blicken läßt, weil wieder Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten in ähnlichem Umfange bestehen, wie im vergangenen Jahr, so soll trotzdem darauf hingewiesen werden, daß uns die Einnahmenseite des Budgets nicht befriedigt. Das möchte ich vor allem anderen besonders hervorheben. Die Einnahmenseite des Landes Niederösterreich ist zuerst einmal deshalb als ernst zu betrachten, weil wir in den Einnahmen des Jahres 1954 gegenüber denen des Jahres 1953 nicht vorwärts geschritten sind. Wir wollen heute diese schmerzliche Erkenntnis besonders feststellen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Einnahmenrückgang oder diese Einnahmenstagnation nicht schon von Haus aus erwartet wurde. Durch die Ausweitung der Produktion sind im allgemeinen trotz der Steuerenkungen die Einnahmen des Bundes gestiegen, nicht aber in demselben Ausmaß die Einnahmen der Länder und insbesondere nicht des Landes Niederösterreich. Worin diese besondere Art ihre Begründung hat, das möchte ich jetzt kurz erklären.

Wenn Sie bedenken, daß die Einnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden aus Anteilen an verschiedenen Steuereingängen zusammengesetzt sind, so möchte ich da besonders auf

den prozentuellen Anteil der Länder an der Einkommensteuer hinweisen. Die Einkommensteuer — gleichgültig ob veranlagte Einkommensteuer oder Lohnsteuer — ist ja durch den Nationalrat einer zweimaligen Herabsetzung unterzogen worden. Wir begrüßen ohneweiters diese Ermäßigungen, nur ist hier zu berücksichtigen, daß diese Ermäßigungen die daran beteiligten Faktoren verschieden getroffen hat. Es ist vor allem anderen festzustellen, daß der Anteil des Bundes an den Einnahmen der Einkommensteuer 18 % beträgt; er beträgt für die Gemeinden 19 %, für die Länder aber 63 %! Wird daher diese Steuergattung um 10 % gesenkt, so würde das eine Kürzung für den Bund und für sämtliche Gemeinden von rund 2 % bedeuten, während sie für die Länder eine Kürzung von rund 6 % bedeutet. Bei einer 20 % igen Kürzung wirkt sich dies aber noch krasser aus, denn dann beträgt die Kürzung für den Bund und die Gemeinden auf der Einnahmenseite 4 %, während sie für die Länder mehr als das dreifache beträgt, und zwar über 12 %. Das ist eine Tatsache, über die man sich zu Beginn der Beratungen über die Steuerkürzungen nicht voll im klaren war, und es haben Vertreter sämtlicher Länder bei der Bundesregierung und allen zuständigen Funktionären des Staates vorgesprochen, um auf die dadurch entstehende besondere Schwierigkeit der Länder oder der Landeshaushalte hinzuweisen. Ich möchte nun die Gelegenheit dazu benützen, um auf diese besondere Schwierigkeit hinzuweisen. Man soll nicht meinen, daß die Länder gegen eine Steuerermäßigung Stellung nehmen, sondern es muß gesagt werden, daß für den Fall, als die Steuerarten eine Verschiebung erfahren, diese Verschiebung auch im Finanzausgleichsgesetz im selben Maße berücksichtigt werden muß. Es ist zu hoffen, daß der Finanzausgleich für das nächste Jahr, über den schon in den nächsten Wochen beraten werden soll, in dieser Hinsicht eine Erleichterung für die Länder bringt, denn es ist eine offenkundige Benachteiligung und Ungerechtigkeit, wenn von drei Körperschaften eine durch eine solche Steuerveränderung härter getroffen wird, als die anderen. Es wäre vielmehr gerecht, wenn eine dadurch bedingte Kürzung auf der Einnahmenseite bei allen drei Beteiligten im gleichen Maße erfolgen würde.

Freilich haben Sie im Budget 1955 auf der Einnahmenseite eine größere Ziffer stehen als im Budget des Jahres 1954. Ich möchte dazu sagen, daß diese Ziffer nur eine scheinbare Einnahmenerhöhung darstellt, denn das Budget des Jahres 1954 unterscheidet sich wesentlich vom Budget des Jahres 1955 durch die Gegebenheit, die für das Land Niederösterreich, seine Verwaltung und insbesondere für die Finanzverwaltung eine einschneidende Veränderung gebracht hat, nämlich durch die Randgemeinden. Durch die Randgemeinden ist Niederösterreich an seinem Gebiets-

umfang und an Bevölkerung größer geworden. Wir können da mit einer Budgetausweitung von rund 10 % rechnen.

Vielleicht darf ich nun von dieser Seite her die Einnahmen- und Ausgabenseite des Landes einer besonderen Betrachtung unterziehen.

Im Jahre 1954 haben wir rund 540,500.000 S an Einnahmen gehabt. Im Jahre 1955 haben wir um 118,500.000 S mehr Einnahmen veranschlagt, sodaß wir zu einer Einnahmepost von rund 659,000.000 S kommen. Diese 118,500.000 S Mehreinnahmen ergeben sich aus 74,000.000 S Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen an den gemeinsamen Steuern, an denen das Land beteiligt ist; 10 Millionen Schilling ergeben sich bei der Landesumlage und 12 Millionen Schilling bei den Bedarfszuweisungen für die Gemeinden, die aber keine echten Mehreinnahmen sind, weil sie als gleich hohe Mehrausgaben auch auf der Ausgabenseite aufscheinen. 15,500.000 S Mehreinnahmen als Durchlauferposten entstehen durch die Vergrößerung des Fürsorgewesens und 7,500.000 S Einnahmen durch die Rückersätze an Kinderbeihilfen, die durch die Gemeinden erbracht werden sollen. Insgesamt haben wir also eine Einnahmenvermehrung um 118,5 Millionen Schilling.

Wir haben natürlich auch eine Ausgabenvermehrung um mehr als 118,5 Millionen, weil wir den Abgang des ordentlichen Budgets von 38 Millionen auf 57 Millionen erhöht haben. Das ist eine Vermehrung des Abganges um 19 Millionen, sodaß wir insgesamt eine Budgetausweitung im ordentlichen Budget von 137,5 Millionen haben. Diese 137,5 Millionen erscheinen als Vermehrung auch auf der Ausgabenseite. Vielleicht darf ich da einige Posten in runden Summen angeben. Der Mehraufwand von 137,5 Millionen auf der Ausgabenseite ergibt sich dadurch, daß wir für die Randgemeinden einen Mehraufwand von 10 Prozent haben. Wir hatten im Jahre 1954 579 Millionen Ausgaben, und 10 Prozent von diesem Betrag machen 58 Millionen aus. Zu diesen 58 Millionen kommen an Mehrausgaben für das Personal 23 Millionen. Die schon erwähnten Durchlauferposten von 15,5 Millionen beim Fürsorgewesen scheinen auch hier auf. Die Bedarfszuweisungen für die Gemeinden — ebenfalls eine Durchlauferpost — in der Höhe von 12 Millionen scheinen hier ebenfalls auf. Die Kinderbeihilfen, die erstmalig aufscheinen, stehen auf der Ausgabenseite nicht wie auf der Einnahmenseite mit einem Betrag von 7,5 Millionen, sondern mit 24 Millionen. Wir haben dann noch in der Gruppe 9 eine Erhöhung bei der Zuführung an das außerordentliche Budget von 15 Millionen, dafür aber im gleichen Kapitel eine Ersparnis von 10 Millionen, weil wir einen Abgang aus dem Vorjahr nicht mit 40 Millionen, sondern nur mit 30 Millionen, also um 10 Millionen weniger, zu tilgen haben, sodaß

wir insgesamt Mehrausgaben von 137,5 Millionen haben.

So können wir also sagen, daß das ordentliche Budget des Landes sowohl auf der Ausgabenseite wie auf der Einnahmenseite eine Erhöhung um 137,5 Millionen Schilling aufweist, wobei wir eine Erhöhung des Abganges um 19 Millionen vorgenommen haben. An dem ordentlichen Budget, wie es vom Finanzreferat ursprünglich vorgelegt wurde, sind also nur ganz unwesentliche Änderungen vorgenommen worden.

Vom Finanzausschuß sind 10 Anträge gestellt worden mit einer Erfordernissumme von 2,2 Millionen. Diese 2,2 Millionen umfassen insbesondere den Beitrag des Landes zur Bekämpfung der Rindertuberkulose mit 1,1 Millionen, dann 200.000 S für die gewerblichen Berufsschulen, für die Denkmalpflege 100.000 S, für die Mutterberatung 200.000 S und für die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen ebenfalls 200.000 S. Das sind die größeren Summen. Ich kann also sagen, das ordentliche Budget ist in seinen Grundzügen so geblieben, wie es in der ersten Fassung war. Denn das Wesentliche ist ja, was ich immer gesagt habe und welcher Ansicht der Finanzausschuß im großen und ganzen zugestimmt hat, daß am ordentlichen Budget nicht viel zu ändern ist, denn ein großer Teil dieser Zahlen sind nicht änderbare Zahlen, da sie durch Gesetz oder durch sonstige Bestimmungen zwingend vorgeschrieben sind.

Anderbar ist selbstverständlich der außerordentliche Voranschlag. Der außerordentliche Voranschlag wurde vorerst mit einer Ausgabensumme von 104,3 Millionen Schilling vorgelegt. Der Finanzausschuß ist zur Überzeugung gekommen, daß wir dieses außerordentliche Budget um insgesamt 68,3 Millionen Schilling vermehren sollen, sodaß jetzt nach dem Vorschlag des Finanzausschusses ein außerordentliches Budget in der Höhe von 172,7 Millionen, also von rund 173 Millionen, vorliegt. Daß diese 68 Millionen Schilling keine Deckung haben, ist eine andere Tatsache. Wir haben im außerordentlichen Budget ja nur Einnahmen von 80 Millionen Schilling, sodaß sich ein Abgang von 93 Millionen Schilling ergibt, während der ursprüngliche Voranschlag bei einem Gesamtaufwand für das außerordentliche Budget von 104 Millionen nur einen Abgang von 24 Millionen Schilling vorgesehen hatte.

Rechnet man zu den 93 Millionen Schilling Abgang im außerordentlichen Haushalt den Abgang im ordentlichen Budget von 57 Millionen dazu, so kommen wir zu einem Gesamtabgang im vorliegenden Budget 1955 von 150 Millionen Schilling. Wir hatten in der ersten Budgetvorlage einen Gesamtabgang von rund 79 Millionen angenommen. Wir haben aber dann über die ursprünglichen Ansätze hinaus im Finanzausschuß

durch Annahme zusätzlicher Anträge eine Erhöhung des Aufwandes um 70¹/₂ Millionen Schilling zur Kenntnis genommen, sodaß sich der Abgang auf 150 Millionen erhöht.

Es ist natürlich sicher möglich, daß jemand sagt: Das ist eine merkwürdige Budgeterstellung, wenn der Voranschlag erstens verspätet vorgelegt wird und dann außerdem noch eine so wesentliche Veränderung erfährt. Ich darf auf diese Vorwürfe, die eventuell erhoben werden könnten, sofort folgendes erwidern. Das Budget ist schon Anfang Dezember in jener Fassung, wie es dem Finanzausschuß unterbreitet wurde, vorgelegen. Eine Beratung dieses Budgets ist aber nicht möglich gewesen, weil die Bildung der Regierung und die Referatsverteilung eine Behandlung des Budgets nicht ermöglicht hat oder nicht opportun erscheinen ließ. Das Budget ist daher bei Beginn der Beratungen im Finanzausschuß so gewesen, wie es das Finanzreferat nach den Gegebenheiten zu Anfang Dezember vorlegen konnte. Die Budgetvorlage mußte auch auf den Ernst der finanziellen Lage hinweisen und es dem neuen Landtag und seinem Finanzausschuß überlassen, ob sie in dieser oder jener Weise Abänderungen wünschen. Es soll hier in aller Öffentlichkeit gesagt werden, daß es vor allem dem Landtag vorbehalten ist, die Finanzlage des Landes zu vertreten. Denn es ist selbstverständlich, daß wir Mehrausgaben — wenn keine weiteren Einnahmemöglichkeiten vorhanden sind — nur durch Kreditoperationen decken können, und es ist klar, daß in einem solchen Falle der Landtag auch die Verantwortung für neuerliche Kreditaufnahmen oder Kreditoperationen auf sich nehmen muß.

Es ist jedenfalls erfreulich festzustellen, daß vollkommenstes Einvernehmen in diesen Grundfragen zwischen dem Finanzreferat und dem Landtag besteht, und daß die Finanzverwaltung des Landes in keine wie immer gearteten Schwierigkeiten gebracht werden soll, sondern daß durch die Erstellung eines sparsamen, nüchternen ordentlichen Budgets zum Ausdruck gebracht werden soll, daß sowohl das Finanzreferat als auch der Landtag ein leichtfertiges Schuldenmachen oder eine Verschuldung des Landes ablehnt.

Es ist aber auch Übereinstimmung zwischen dem Finanzreferat, dem Landtag und dem Finanzausschuß darin erzielt worden, daß vom Lande für Forderungen an juristische oder physische Personen Haftungen übernommen werden können, wenn produktive Arbeiten vorgenommen werden, die nicht nur die Produktivität des Landes heben, sondern auch aktive Werte für das Land schaffen. Es ist daher möglich gewesen, daß der Finanzausschuß und das Finanzreferat in gemeinsamer Arbeit das außerordentliche Budget des Landes durch eine Vermehrung der produktiven Arbeiten wesentlich erhöhen konnte. Ich glaube, daß es

kein Zeichen der Schwäche oder des Gegensatzes ist, wenn durch Zusammenarbeit des Finanzreferates mit dem Finanzausschuß des Landtages ein neuer Weg für die Erhöhung der Budgetziffern gefunden wurde. Mitarbeit und Mitverantwortung des gesamten Landtages zeichnen daher das Budget des Jahres 1955 aus.

Nun werden Sie fragen, wo sind eigentlich die Beträge zu finden, die eine solche Summe des Budgets erreicht haben. Zu Mittag habe ich aus einer Übertragung im Radio gehört, daß der Landtag heute einen Beschluß fassen wird, der eine wesentliche Ausweitung des Budgets, und zwar um 70 Millionen vorsieht. Jawohl, es ist eine wesentliche Ausweitung, und zwar mit vollster Verantwortung des Finanzreferates und des Landtages. Denn diese 70 Millionen betreffen nicht schlechthin nur Ausgaben der laufenden Gebarung, sondern sie betreffen auch Ausgaben für produktive zusätzliche Arbeiten. Von den Beträgen, die das Budget erweitern, sind insbesondere hervorzuheben: 2,5 Millionen für die Wohnbauförderung und für Erholungsheime für die Landesbeamten, 1,5 Millionen für den Schulbaufonds, 1 Million für gewerbliche Berufsschulen, 2 Millionen für die Eisenfachschule Waidhofen an der Ybbs, 1 Million für die Frauenberufsschule Hollabrunn, 2 Millionen für die Erziehungsanstalt Korneuburg, 1 Million für die Spitäler und endlich 15 Millionen für die Wohnbauförderung.

Weiters sind für die Erhaltung des Althausbesitzes 1,5 Millionen, für die Landesstraßen 23 Millionen, für den Wasserbau 1 Million, für Bauten für Wasserversorgung und Kanalisierung 3,4 Millionen, für Ent- und Bewässerungen 1,8 Millionen, für Elektrifizierung 1,4 Millionen, für die Hagelversicherung 1 Million, für landwirtschaftliche Fachschulen 1,4 Millionen zusätzlich eingesetzt worden.

Ich glaube, wir können alle diese Ausgaben ohne weiters vertreten, weil sie wieder eine aktive Förderungspost für das Land ergeben. Es sind das alles produktive Arbeiten, die dem Bausektor und der Beschäftigungslage in Niederösterreich zugute kommen werden.

Trotz dieser 70 Millionen zusätzlicher Ansätze ist dieses Budget — und das kann ich mit ruhigem Gewissen sagen — ein Bekenntnis zur Sparsamkeit, weiters ein Bekenntnis zur Stabilisierung der Währung und ein Bekenntnis zur konstruktiven Budgeterstellung und zu einer konstruktiven Kreditpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe erwähnt, daß in diesem Budget ein Ausgabenbetrag von 24 Millionen für die Kinderbeihilfen enthalten ist, der das Land belastet. Ich muß hier feststellen, daß niemand gegen die Einführung einer Kinderbeihilfe seine Stimme erheben wird, es ist nur bedauerlich, daß für diese neuen Lasten die Länder herangezogen wurden,

wiewohl sie dadurch keine Entlastung auf dem Fürsorgeetat haben werden. Die Beiträge an Kinderbeihilfen werden wohl eine Entlastung auf dem Fürsorgeetat erbringen, aber nicht auf dem Landesektor. Nichtsdestoweniger begrüßen wir diese Entlastung. Ich glaube daher, daß es eine finanzielle Erleichterung für das Land ist, wenn von diesen 24 Millionen 7,2 Millionen durch die Gemeinden rückersetzt werden. Es ist zwar nicht erfreulich, daß das Land einen Teil dieser Beträge auf die Gemeinden umlegen muß, es war aber noch weniger erfreulich, daß das Land zu dieser Belastung eine so große Summe beitragen muß. Vom ganzen Betrag werden also in Zukunft das Land 70 % und die Gemeinden 30 % tragen.

Ein Wort noch über die Schule. Wir hatten im vorigen Jahr als Beitrag zum Aktivitätsaufwand der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen einen Aufwand von 9 Millionen zu bezahlen. Es war insbesondere den Vertretern des Landes Niederösterreich bei den Finanzausgleichsverhandlungen möglich, eine Erleichterung für die einklassigen Schulen zu erreichen. Sie wissen, daß für 30 Volksschüler und für 20 Hauptschüler je eine Lehrperson vom Bund honoriert wird; wenn diese Zahl überschritten wird, muß das Land einspringen. Nun ist bei einer einklassigen Schule diese Schülerzahl oft nicht zu erreichen, weil eben nicht genügend Kinder vorhanden sind. Das Finanzausgleichsgesetz 1955 legt nun fest, daß für jede einklassige Schule, ganz gleichgültig ob jetzt 15, 20 oder 30 Kinder diese Schule besuchen, eine Lehrperson honoriert wird und für fünf einklassige Schulen zwei Sonderlehrer, worin der Religionslehrer und die Handarbeitslehrerin inbegriffen sind. Es ist das eine wesentliche Erleichterung, und wir hofften, daß wir dadurch die 9 Millionen Schilling auf einen niedrigeren Satz herunterbringen können. Nun sind aber die Randgemeinden dazugekommen und mit ihnen ein Lehrerüberstand, den wir übernehmen mußten, denn nach dem Prinzip, daß in den Randgemeinden durch die Rückgliederung keine Veränderung oder Verschlechterung eintreten soll, mußten wir den Lehrerüberhang bewilligen. Es haben sich daher diese 9 Millionen Schilling nicht verringert, sondern im Gegenteil erhöht. Darüber hinaus ist aber noch eine andere unangenehme Sache eingetreten. Es ist nämlich die Schülerzahl in Niederösterreich um weitere 6000 Schüler zurückgegangen. Das Land Niederösterreich hat daher jetzt einen Überstand von über 500 Lehrpersonen, und es wird dem Land Niederösterreich daher nichts anderes übrigbleiben, als die Kosten für diesen Überhang auf sich zu nehmen; sie betragen 12 Millionen Schilling. Wir müssen diese Kosten auf uns nehmen, es sei denn, daß wir uns zu einer unangenehmen Maßnahme entschließen. Eine unangenehme Maßnahme wäre zum Beispiel der

Abbau von Vertragslehrern oder von provisorischen Lehrern. Der Landtag und insbesondere der Finanzausschuß hat sich aber dafür entschieden, zur Tragung dieser Summe die Zustimmung zu geben.

Ich sagte bereits, das Plus an Lehrpersonen in den Randgemeinden erhöht die erwähnte Budgetpost. Dies ist aber nicht das einzige, was uns in den Randgemeinden belastet, denn der Zustand der Schulgebäude in den Randgemeinden ist nicht besser — um es milde auszudrücken —, als in ganz Niederösterreich. (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.*) Reparaturen, Instandsetzungen und Neubauten bei den Schulen werden daher in den Randgemeinden nicht zu vermeiden sein. Daher ist heuer ein größerer Beitrag an den Schulbaufonds im Budget vorgesehen, als im Budget des vorigen Jahres. Wir glauben, daß wir dadurch die großen Ansprüche der Randgemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens befriedigen werden können.

Das ist natürlich nicht das einzige, was uns in den Randgemeinden belastet, sondern es wird noch vieles dazukommen, was in diesen Gemeinden einmal versäumt wurde. Ich will da keine Rede über die Vergangenheit in den Randgemeinden halten, aber auf eines muß ich aufmerksam machen. In den Randgemeinden sind so viele Bedürfnisse vorhanden, die auf jeden Fall befriedigt werden müssen. Es wird daher in Zukunft notwendig sein, daß die Vertreter Niederösterreichs — und soweit es meine Person betrifft, möchte ich das persönlich unterstreichen — für die gleiche Behandlung der Randgemeinden in finanzpolitischer Hinsicht eintreten, als ob sie noch ein Teil von Wien wären. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Für die Randgemeinden muß der Schlüssel für die Abgabenteilung aufrechtbleiben, der für sie heuer in Geltung ist. Ich will da nicht von einer Geltung auf Jahrzehnte hinaus sprechen, sondern nur davon, daß dieser Schlüssel solange aufrechterhalten werden muß, bis die Randgemeinden den Anschluß an eine normale Budgetierung finden können, wie sie in den anderen niederösterreichischen Städten und Ortschaften gegeben ist. Niederösterreich ist ja durch die Randgemeinden fast zu einem gleich großen Land wie das Land Wien geworden. Niederösterreich hat jetzt einen Anteil von 20,2 Prozent, Wien einen Anteil von 23,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung Österreichs. Also ist Wien an Bevölkerung nur um 3 Prozent größer als Niederösterreich. Und wenn Sie diese Ziffern abgerundet nehmen, so können Sie sagen: In jedem dieser beiden Länder wohnt ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Österreichs, oder mehr als zwei Fünftel dieser Gesamtbevölkerung haben in diesen zwei Ländern ihren Wohnsitz. Wie wirkt sich das aber in dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel aus? Diese 20 Prozent des Bevölkerungsanteils Niederösterreichs sinken infolge des abge-

stuften Bevölkerungsschlüssels auf 17 Prozent, und die 23 Prozent des Bevölkerungsanteils Wiens steigen durch diesen Schlüssel auf 32 Prozent (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.*), sodaß ich sagen muß, daß in dieser Schlüsselgebarung eine ungleiche Behandlung des Landes Niederösterreich liegt. Und solange Wien als Land und Gemeinde in gleicher Hinsicht bevorteilt wird, solange wird die Benachteiligung Niederösterreichs eben aufrechtbleiben. Die Finanzverwaltung des Landes Niederösterreich sieht die Möglichkeit eines Ausweges nur dann gegeben, wenn hinsichtlich dieser Differenzierung zwischen Wien und Niederösterreich ein Ausgleich erfolgt.

Ich glaube aber auch auf eine weitere Benachteiligung des Landes Niederösterreich hinweisen zu müssen. Bei der Bundeswohnbauförderung 1954 wurde festgelegt, daß die Wohnbauförderungsmittel anteilmäßig auf die Länder nach einem Schlüssel aufgeteilt werden, der auf Grund einer Statistik errechnet wurde. Bei der Volkszählung hat man die fehlenden Wohnraumeinheiten gezählt, und man ist zu dem Ergebnis gekommen, daß in Niederösterreich eigentlich gar keine so große Wohnungsnot bestehe. Man hat aber das abgelehnt und gesagt, daß diese statistische Zählung keine Grundlage bildet. In der Presse wurde viel über diese Zählung gesprochen. Ich gebe zu, daß diese Frage bei der Volkszählung eine Nebenfrage war und daß man, wenn man den Wohnraumbedarf wirklich erheben will, eine ganz andere Fragestellung vornehmen müßte. Damals hat so mancher Vertreter vom Hausbesitz darauf hingewiesen, daß man in der Frage der Feststellung des Wohnraumfehlbestandes von falschen Voraussetzungen ausgehe. Gegen diese Auslegung hat insbesondere der Vertreter vom Wohn- und Siedlungsfonds sehr entschieden Stellung genommen. Nun ist aber eigenartigerweise gerade von denselben Vertretern, die das Resultat dieser statistischen Zählung bezweifeln, bei der prozentuellen Aufteilung der Wohnbauförderungsmittel das Ergebnis dieser zuerst angezweifelt Zählung zur Grundlage genommen worden. Man hat auf Grund dieser Zählung einen Schlüssel errechnet, nach welchem auf Niederösterreich statt der 20 Prozent seines Anteiles an der Bevölkerungszahl nur 14,7 Prozent entfallen. Diese 14,7 Prozent bringen ein Ergebnis von 35 Millionen Schilling. Wäre der Anteil Niederösterreichs aber 20 Prozent, so würden wir 47 Millionen erhalten. Wir können daher für Niederösterreich eine Benachteiligung in der Höhe von 12 Millionen errechnen. Das ist unserer Meinung nach eine arge Benachteiligung des Landes Niederösterreich, weil die Voraussetzungen, die zur Aufstellung dieses Schlüssels geführt haben, nicht den Tatsachen entsprechen. Es wird daher in Zukunft unsere Aufgabe sein, gegen diesen Aufteilungsschlüssel Stellung zu nehmen.

Außer diesen Nachteilen, die wir im Laufe des letzten Jahres erfahren mußten, ist noch zu erwarten, daß bei der Regelung der Spitalfrage auch die Länder wieder zu einer Beitragsleistung herangezogen werden sollen. Ich sage jetzt schon, daß im Budget für diese Art der Beitragsleistung nichts vorgesehen ist. Wir haben im Budget eine Beitragsleistung zum Ausbau der Spitäler in der Höhe von 3 Millionen eingesetzt, aber zum Zwecke einer Beitragsleistung für den Abgang der Spitäler haben wir nichts vorgesehen, weil wir mit aller Entschiedenheit darauf verweisen müssen, daß die Aufteilung der Spitalsdefizite nicht einfach mathematisch vorgenommen werden darf. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß hier vor allem die Ursachen dieser Defizite untersucht werden müssen, um eine gerechte Lösung zu finden, die den Ländern keine neuerliche Belastung bringt.

Weiters erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß noch die große Sorge der Erhaltung der Landesstraßen vor uns steht. Dies insbesondere dann, wenn Landesstraßen durch Industrieunternehmungen oder Unternehmungen der Erdölförderung so stark in Anspruch genommen werden, daß wir ungeheure Summen zur Erhaltung dieser Straßen aufbringen müssen. Ich stelle hier fest, daß das Land Niederösterreich auf Grund seiner großen Kilometeranzahl bei den Landesstraßen allein nicht in der Lage ist, solche Schäden an den Landesstraßen zu beheben (*Rufe bei der ÖVP.: Sehr richtig! Bravo!*), denn diese Schäden gehen in die Millionen. Ich möchte daher ausdrücklich feststellen, es mögen die Bewohner jener Gebiete, die durch diese Schäden so hart getroffen werden, zur Kenntnis nehmen, daß das Land Niederösterreich nicht aus Interessellosigkeit keine Beträge für die Behebung dieser Schäden in das Budget eingesetzt hat, sondern daß wir nur deswegen keine Beträge einsetzen können, weil wir diese Straßen auf keinen Fall allein wieder in Ordnung bringen können. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wir sind in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen, und wir richten an diese auch von hier aus den Appell: Es gibt eine Lösung, diese kann aber nur eine gemeinsame Lösung zwischen den verschiedenen öffentlichen Körperschaften und den beteiligten Unternehmungen sein. Es ist zu hoffen, daß wir über diese Schwierigkeiten hinwegkommen werden, weil sie gerade in Niederösterreich durch seine besondere Lage aufscheinen und schon in den letzten Jahren vorhanden waren.

Ich möchte zum Schluß noch besonders hervorheben, daß die Verhandlungen über das Budget gezeigt haben, daß es trotz aller Schwierigkeiten und aller Differenzen möglich gewesen ist, einen Weg zu finden, der für das ganze Land eine Lösung in der Hinsicht darstellt, daß diesem Lande das gegeben werden soll, was es unbedingt braucht, und das ist: Arbeit, Brot und Frieden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Generaldebatte und erteile als erstem Redner Herrn Abg. Dubovsky das Wort.

ABG. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Mit einer einmonatigen Verspätung beschäftigen wir uns heute mit dem Budget für das Jahr 1955. So wie uns dieses Budget heute vorliegt, ist es nicht dem Finanzausschuß vorgelegen. Schon der Herr Finanzreferent hat darauf hingewiesen, daß er zum ersten Mal in den zehn Jahren des Bestehens des niederösterreichischen Landtages in einer sehr großzügigen Art und Weise den Abgeordneten Spielraum zur Gestaltung des Budgets gelassen hat. Ich freue mich, wenn er hier feststellt, daß dies keine momentane Schwäche des Finanzreferates sei, sondern daß er auch in Zukunft, dem Geiste der Demokratie entsprechend — angesichts der letzten Entwicklung hört man so etwas gerne — den Abgeordneten bei der Gestaltung des Budgets mehr Spielraum geben wird. Ein Urteil hierüber wird erst in den nächsten Wochen und Monaten möglich sein.

Wenn ich gesagt habe, daß das Budget heute in einer abgeänderten Form vorliegt und der Herr Finanzreferent sogar erwähnt hat — auch im Radio wurde es berichtet —, daß um 70 Millionen Schilling mehr in das Budget eingesetzt wurden, so muß es doch zum Nachdenken veranlassen, wieso eine solche Entwicklung plötzlich eingetreten ist, wieso man der Demokratie auf einmal soviel Spielraum gibt und wieso auf einmal die 70 Millionen vorhanden sind, die bei der ursprünglichen Abfassung des Budgets noch nicht vorhanden waren. Sie verzeihen schon, daß ich nicht daran glaube, daß in der ursprünglichen Fassung des Budgets und vor der Drucklegung des ersten den Abgeordneten zugegangenen Budgetentwurfes nicht bereits alle jene Posten, zu deren Antragstellung man den Abgeordneten freien Spielraum gelassen hat, enthalten gewesen sind. Der Herr Finanzreferent hat selbst auf den Zeitpunkt hingewiesen, zu welchem das Budget das erste Mal vorgelegen ist — es war dies Anfangs Dezember 1954 — und zu welchem sich der Konflikt beider Regierungsparteien sozusagen seinem Höhepunkt näherte. Man hat in diesem Konflikt ein bestimmtes Druckmittel gegenüber dem politischen Gegner gebraucht, indem man ihn finanziell an die Kandare nahm und ihn in seinen Budgetanforderungen einschränkte, wo es nur möglich war, wie beispielsweise im Fürsorgeferat, wo man ihm alle außerordentlichen Mittel gestrichen hat. Erhärtet wird diese Tatsache noch dadurch, daß wir beim Vergleich der Budgetziffern der vergangenen Jahre eine Differenz von rund 18 Prozent sehen, um die die Ausgaben seinerzeit höher gewesen sind. Viel höher sind sie jetzt aber nach der Erhöhung durch die 70,000.000 Schilling auch nicht, noch dazu, wenn

man in Betracht zieht, daß in dem Budget nunmehr auch die Erfordernisse für die Randgemeinden enthalten sind. Man hat mit der Erhöhung um die 70,000.000 Schilling nichts anderes getan, als der ursprünglich schon immer wieder gepflogenen Weise entsprochen, nämlich die Ausgaben-summe gegenüber der Einnahmensumme um die 18 Prozent zu erhöhen. Bestätigt wird diese Tatsache durch folgendes.

Wer die Verhandlungen im Finanzausschuß miterlebt hat, wo die Abgeordneten jeder Fraktion die für das betreffende Referat ihrer Partei notwendigen Ergänzungsanträge stellten, worauf dann immer abwechselnd die andere Fraktion die Notwendigkeit dieser Erhöhungen anerkannte, weiß, wie eben diese 70,000.000 Schilling zustandegekommen sind. (*Abg. Endl: Du wärst ja auch dabei gewesen, aber Du kommst ja nicht zum Zuge!*) Die Erhöhungen sind zustandegekommen, weil man das ganze Budget ursprünglich als Druckmittel im Konflikt zwischen den beiden Regierungsparteien ansah und man vorerst das Budget in einer Art und Weise gestaltet hat, die durchaus nicht demokratisch genannt werden kann.

Wenn von einem Budgetabgang von rund 150,000.000 Schilling gesprochen wird, so glauben wir auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Jahre darauf hinweisen zu dürfen, daß in der Vergangenheit ungefähr um den Betrag des jeweiligen Abganges sich immer wieder während des Budgetjahres Mehreinnahmen des Landes ergeben haben. Man hat dann gesagt, wie es immer so schön geheißsen hat, daß man vorsichtig budgetierte und die Mehreinnahmen die Ausweitung des Budgets ermöglicht haben. Warum soll das heuer anders sein? Heuer wird es sich in gleicher Art und Weise beim Rechnungsabschluß herausstellen, daß die vorgesehenen rund 150,000.000 Schilling Defizit durch Mehreinnahmen gedeckt worden sind.

Es ist bedauerlich und für die Budgetberatung durchaus nicht zuträglich, daß nicht vor der Beratung des Budgets 1955 der Rechnungsabschluß für das Jahr 1953 behandelt wurde, ja daß nicht einmal noch der Rechnungsabschluß für das Jahr 1952 behandelt worden ist. Denn die vorherige Behandlung dieser Rechnungsabschlüsse würde gerade den neuen Abgeordneten des Landtages die Möglichkeit zu Vergleichen gegeben haben, aus denen sie ersehen hätten können, daß es möglich gewesen wäre, von vornherein schon eine bessere Budgetierung vorzunehmen, was auch für einen allgemeinen besseren Einsatz der vorhandenen Mittel notwendig wäre, statt daß immer nachträglich, gleichsam tröpferweise, die Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Es wäre aber auch vollkommen falsch, das Budget nur als eine Sammlung von Ziffern und Zahlen, als eine Gegenüberstellung der Einnah-

men- und Ausgabenposten anzusehen, und nicht als eine Dokumentation der verantwortlichen Regierung über ihre wirtschaftlichen und politischen Absichten. Nun ist zweifellos dieses Budget des Landes Niederösterreich, wie es uns vorliegt, nicht losgelöst zu betrachten von dem Budget des Bundes, das letzten Endes die Budgets der Länder und jene der Gemeinden auf das stärkste beeinflusst. Dieses Budget des Bundes widerspiegelt die ganze Politik, die in Österreich betrieben wird, es widerspiegelt all die Maßnahmen, die in den letzten Jahren von einer Regierung getroffen wurden, der die gleichen Parteien angehören, wie der niederösterreichischen Landesregierung.

Wenn man daher das Budget des Landes betrachtet und untersucht, dann muß man sich zwangsläufig zwei Fragen vorlegen: Wer zahlt's und wem kommt's zugute? Wenn man sich diese Fragen vorlegt, kommt man bei der Überprüfung der Ziffern der Einnahmen und der Ausgaben, sowie bei der Überprüfung der ganzen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unweigerlich zu der Feststellung, daß dieses Budget des Landes, so wie das Budget des Bundes dazu bestimmt ist, den Großen auf Kosten der Kleinen zu helfen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die ganze Entwicklung, die in den letzten Jahren in Österreich eingesetzt hat, ist eine Entwicklung, die die Reichen noch reicher gemacht hat, ohne den Arbeitern und Angestellten das zu geben, was man ihnen 1945, als die Betriebe in Trümmern gelegen sind, als die Unternehmer das Weite gesucht haben, als die Arbeiter unter den größten Entbehrungen und unter dem größten Hunger diese Betriebe aufgebaut haben, versprochen hat.

Wenn wir die Politik, die in Österreich betrieben wird, untersuchen, dann müssen wir auch feststellen, daß die ganze Konjunktur, von der so viel gesprochen wird, teilweise auch in der begonnenen Aufrüstung Westdeutschlands ihre Ursachen hat (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*), und daß die Konjunktur in diesem Budget nicht ihren Niederschlag gefunden hat. (*Ruf bei der ÖVP.: Das ist doch ein Dampfplauderer!*)

Niemand anderer als Ihr Finanzminister Kamitz hat doch bei der Budgetberatung im November im Parlament festgestellt, daß das Nationaleinkommen von 50,1 Milliarden im Jahre 1951 auf 85 Milliarden Schilling im Jahre 1954 angewachsen ist. Das entspricht einer Steigerung um rund 70 Prozent. Wie schaut es nun beim Budget des Landes mit dessen Einnahmen in dem gleichen Zeitraum aus? Hier müssen wir feststellen, daß im gleichen Zeitraum die Einnahmen des Landes aus den Ertragsanteilen von 237 Millionen auf 362 Millionen Schilling angestiegen sind, was einer Steigerung von 52 Prozent entspricht. Während also das Nationaleinkommen um 70 Prozent gestiegen ist, sind die Einnahmen des Landes nur um 52 Prozent gestiegen. Das

bedeutet, daß sich das Nationaleinkommen infolge der größeren Kapitalanhäufung einseitig zugunsten der Besitzenden, zugunsten der Reichen, der Unternehmer verschoben hat.

Unterstrichen wird diese Feststellung noch, wenn man sich einmal die gerade jetzt veröffentlichten Bilanzen einiger niederösterreichischen Betriebe ansieht. Beispielsweise hat Semperit, der zweifellos größte Betrieb Niederösterreichs, von 1951 auf 1953 — eine spätere Bilanz liegt nicht vor — seine Rücklagen, die nur einen bescheidenen Teil des Profites darstellen, von 73 Millionen auf 140 Millionen Schilling, also um rund 91 Prozent, erhöhen können. In der gleichen Zeit ist die ausbezahlte Lohnsumme von 108,3 Millionen nur auf 117 Millionen Schilling angestiegen, was einer Steigerung um 9 Prozent gleichkommt. Bei der Schwedater Brauerei, die jetzt auch in Niederösterreich liegt, haben sich die Dinge in der Zeit von 1951 auf 1953 so entwickelt: Erhöhung der Rücklagen um 86 Prozent, Erhöhung der Löhne um 25 Prozent — aber durch Mehraufnahme von Arbeitern. Bei den Perlmooser Zementwerken, deren beide entscheidende Betriebe jetzt in Niederösterreich liegen, haben sich die Rücklagen um 47 Prozent, die Löhne um 5 Prozent erhöht. Die Bilanz, die die Perlmooser Zementfabrik gerade jetzt am 6. Jänner veröffentlicht hat, ist sehr interessant. Aus dieser Bilanz geht hervor, daß die Perlmooser AG. ein Aktienkapital von 19,5 Millionen Schilling nachweist und daß die gleiche Perlmooser AG. im Jahre 1953 nach Abzug aller Steuern, die sie bezahlt hat, einen Profit von 16 Millionen Schilling aufzuweisen hat.

Zeigen Sie mir irgendeinen kleinen Bauern oder einen kleinen Gewerbetreibenden, der in der gleichen Weise Profite einscheffeln kann, wie diese Aktiengesellschaft. Diese ist auch in der Lage, eine Dividende von 14 Prozent auszuschütten. Aber auch die landwirtschaftliche Kartoffelverwertungsgesellschaft — das wird sicherlich die bäuerlichen Kollegen sehr interessieren — hat es verstanden, ihre Rücklagen in den drei Jahren um 74 Prozent zu erhöhen. Die ausgewiesene Lohnsumme ist aber nur um 30 Prozent gestiegen, und zwar vorwiegend durch Einstellung neuer Arbeiter. Da ist letztenendes noch die Maschinenfabrik Heid in Stockerau, die ihre Rücklagen gleichfalls um 60 Prozent erhöht hat, während die Lohnsumme nur um 5 Prozent gestiegen ist.

Das zeigt so deutlich, so drastisch, wem die Politik, die in Österreich betrieben wird, zugute kommt, wer davon profitiert, wer es wirklich versteht auf Grund dieser Politik gut zu leben. Wir sehen, daß im Durchschnitt diese fünf angeführten Betriebe die Rücklagen um 71 Prozent erhöht haben, während die Löhne in der gleichen Zeit im Durchschnitt nur um 15 Prozent gestiegen sind. Wenn man die zusätzlich aufgenommenen Arbeiter abzieht, kommt man zu einer Lohnstei-

gerung, die weit unter 10 Prozent liegt. In der gleichen Zeit wuchsen also die Rücklagen um $4\frac{3}{4}$ mal schneller an, als die ausgewiesenen Lohnsummen.

Wenn wir uns damit näher beschäftigen, so finden wir auch, daß die Lohnverhältnisse und damit die Lebensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten durchaus nicht so sind, wie sie einer Hochkonjunktur entsprechen müßten. Sie sind nämlich durchaus nicht so, daß man sagen kann, die Arbeiter und Angestellten haben ihren Lohnanteil an der gesteigerten Produktivität, also an der Hochkonjunktur erhalten. Die niederösterreichische Gebietskrankenkasse weist in einer Statistik nach, daß in den ersten sieben Lohngruppen — das ist bis zu einem Bruttoverdienst von 1260 Schilling monatlich — über 42 Prozent der Arbeiter und Angestellten Niederösterreichs eingestuft sind. Brutto 1260 Schilling monatlich bedeuten aber für diese Leute eine Nettoentlohnung pro Monat von 1000 Schilling. Würde man zu dieser Zahl noch die Zahl der Land- und Forstarbeiter dazunehmen, dann wäre der prozentuelle Anteil der Arbeitnehmer, die nur 1000 Schilling monatlich verdienen, noch gewaltig größer, als aus dieser Statistik der niederösterreichischen Gebietskrankenkasse hervorgeht.

Wir sehen also, daß sich hier wieder die Großkapitalisten unerhört bereichern. Während man den Großkapitalisten eine Begünstigung nach der anderen einräumt, hat sich in den Lebensverhältnissen der Lohn- und Gehaltsempfänger im wesentlichen nichts geändert. Dazu kommt, daß seit Monaten ein ständiges Ansteigen der Preise feststellbar ist. Man hört schon längst nichts mehr davon, daß die Preise gesenkt werden müssen. Man hört und spricht nur von der Notwendigkeit der Nachziehung bestimmter Preise. Wenn aber die Arbeiter eine Lohnerhöhung verlangen, wird sofort erklärt, diese Lohnerhöhung könnte das ganze Wirtschaftsgefüge aus dem Geleise werfen. Wir wissen, daß die Preiserhöhungen oft sprunghaft über Nacht vor sich gehen, daß aber für alle Lohnforderungen wochen- und monatelange Verhandlungen notwendig sind, um mit den Lohnerhöhungen einigermaßen an die gesteigerten Preise heranzukommen. Wir haben gerade heute wieder die Nachricht von der Erhöhung des Milchpreises bekommen; diese Nachricht kam aus dem Munde des Ministers Thoma. Es handelt sich um eine Milchpreiserhöhung, die den Bauern keinen Groschen Mehreinnahmen bringen wird, eine Preiserhöhung, die vor allem die kinderreichen Familien bezahlen werden müssen. Es handelt sich um die Erhöhung des Preises eines der entscheidenden Nahrungsmittel. Vielleicht würde sich einmal ein österreichischer Minister — nachdem aus dem Munde eines Ministers bekanntgegeben wurde, daß die Notwendigkeit der Erhöhung des Milchpreises genau untersucht wur-

de — der Aufgabe unterziehen, zu überprüfen, auf welchem Niveau die Löhne und Gehälter gegenüber dem Jahre 1934 und 1938 heute stehen, und wie im Vergleich hiezu die Preise vorangeilt sind. Vielleicht würde man dann daraufkommen, daß es notwendig wäre, auch die Löhne nachzuziehen, um wieder auf den Stand zu kommen, auf dem die Löhne der österreichischen Arbeiter einmal gewesen sind. Vielleicht würde man daraufkommen, daß es notwendig wäre, hier das nachzuziehen, was all die Jahre hindurch versäumt wurde, und auf das die Arbeiter im Jahre 1945 verzichtet hatten, weil man ihnen versprach, wenn die Wirtschaft aufgebaut ist und wieder in Schwung ist, werden sie ihren gerechten Anteil an diesem Aufbau der Wirtschaft erhalten. Vergleichen Sie selbst diese Ziffern, und sagen Sie mir dann, wo dieser gerechte Anteil ist, der den Arbeitern im Jahre 1945 versprochen wurde. Bis heute hat man sich um ihn herumgedrückt.

Wir sehen, daß das Budget des Landes letzten Endes diese ganze Entwicklung widerspiegelt. Es wird in der Diskrepanz zwischen der Erhöhung des Nationaleinkommens und der Erhöhung des Anteiles an den Ertragsanteilen, den das Land erhält, spürbar, daß es hier eine bestimmte Schicht gibt, die es ausgezeichnet versteht, ihre Mehrgewinne der Besteuerung zu entziehen, und der man es noch dazu durch die Kapitalmarktgesetze ermöglicht, diese Gewinne nicht zur Versteuerung zu bringen. Nun, ich weiß nicht, aus welchem Grunde man dem heurigen Budget keine Zergliederung der Ertragsanteile beigefügt hat. Aus dieser Zergliederung geht nämlich wie in den vergangenen Jahren — und daran hat sich nichts geändert — eindeutig hervor, daß der entscheidende Beitrag zu den Finanzen des Landes auf die Massensteuern entfällt, also auf die Warenumsatzsteuer und Lohnsteuer, die vorwiegend von den kleinen Leuten bezahlt werden. Weil aber die Löhne der Arbeiter und Angestellten sich im wesentlichen nur ganz geringfügig erhöht haben, ist auch der Anteil des Landes an diesen Steuern, da er vorwiegend auf die Steuern der Kleinen aufgebaut ist, nur geringfügig erhöht. So ist diese Diskrepanz zwischen der Steigerung des Nationaleinkommens und der Erhöhung der Budgetziffern entstanden.

Es ist auch interessant, zu überprüfen, in welcher Weise sich die Belastungen des kleinen Mannes in Niederösterreich durch die im Budget aufgebrachten Mittel verändert haben. Während im Jahre 1951 191 Schilling pro Kopf der Bevölkerung Niederösterreichs dem Land als Steuern und Abgaben zuflossen, werden das im Jahre 1955 bereits 311 Schilling sein. Wir sehen also; der Angriff wird von zwei Seiten gemacht: im Zurückbleiben der Löhne und Gehälter auf der einen Seite und im Anziehen der Steuerschraube auf der anderen Seite. Und das zusammen führt eben

zu dem Zustand, daß die arbeitenden Menschen, die Arbeiter und Angestellten, die Bauern und die kleinen Gewerbetreibenden durchaus nicht den Anteil an der wirtschaftlichen Hochkonjunktur haben, auf den sie auf Grund ihrer Arbeit Anspruch hätten.

Ich weiß, die Volkspartei versucht, diese Tatsachen mit einer sozialen Maske zu verkleistern. Man wird mir darauf vielleicht sagen: Was wollen Sie, betrachten Sie doch die zweimaligen Steuerermäßigungen, die durchgeführt wurden! Aber wer hat etwas von diesen Steuerermäßigungen? Den Lohn- und Gehaltsempfängern hat man doch viel mehr weggenommen durch die Erhöhung des Wohnbauförderungsbeitrages und durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, als sie durch die Steuerermäßigung erhalten haben! Nur den Großen ist die Steuerermäßigung im vollen Umfang zuteil geworden, weil man nicht nur bei der Einkommensteuer eine Ermäßigung durchgeführt hat, sondern weil man ihnen durch eine Reihe von Kapitalmarktgesetzen noch zusätzliche Ermäßigungen verschafft hat. Man ist nach der Methode vorgegangen, auf der einen Seite den Lohn- und Gehaltsempfängern eine geringfügige Steuerermäßigung zu geben, auf der anderen Seite aber die Sozialversicherungsinstitute zu zwingen, ihre Beiträge zu erhöhen. Sie wurden nämlich dazu gezwungen, weil die Bundesregierung den Prozentsatz ihres Zuschusses wesentlich herabgesetzt hat und noch weiter herabsetzen wird. Das zeigt den Geist, der hier herrscht. Man will sozusagen der brave Mann sein, der den Arbeitern und Angestellten etwas bringt, aber die Sozialversicherungsinstitute, jene Einrichtungen, um die die Arbeiter jahrzehntelang gekämpft haben, räumen die Taschen der Arbeitnehmer wieder aus, und sind daher mit die Ursache dafür, daß es den Arbeitern nicht besser geht.

Wir wissen, es war seit eh und je einer der Hauptangriffspunkte der Reaktion, daß sie gegen die Sozialversicherungsinstitute Sturm gelaufen ist. Man hat nur geänderte Methoden in Anwendung gebracht, aber das Ziel ist das gleiche geblieben. Die Sozialversicherungsinstitute sollen hinter der Biedermannsmaske der Steuerermäßigungen und der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge in den Augen der arbeitenden Menschen diffamiert, herabgesetzt werden, um diese Sozialversicherungsinstitute zu beseitigen.

Die Bundesregierung und mit ihr auch die Landesregierung versucht nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar die ihr obliegenden Pflichten immer stärker auf die Gemeinden abzuwälzen. Wir alle müssen uns doch daran erinnern, daß im Jahre 1949 das sogenannte Notopfer eingeführt wurde. Dieses Notopfer wurde mit der Begründung eingeführt, daß der Staatsbankrott drohe, daß daher alle, auch die Gemeinden, dazu beitragen müssen, ihn zu verhindern. Das war

zur Zeit des Jahres 1949, zur Zeit des drohenden Staatsbankrotts! Ist nun das Notopfer heute beseitigt worden? Heute haben wir Hochkonjunktur, das Notopfer ist heute aber noch immer vorhanden. Heute besteht die Situation, daß man den Gemeinden ein Mehrfaches nimmt, als zu der Zeit, als der Staatsbankrott gedroht hat. Man hat das Notopfer Jahr für Jahr gesteigert, man hat die Gemeinden immer mehr und mehr ausgeplündert und es ihnen immer weniger ermöglicht, dem sozialen Fortschritt, den sozialen Erfordernissen ihrer Bewohner gerecht zu werden. Wir sehen, daß die Gemeinden nicht nur durch das Notopfer belastet werden, sondern daß auch die Landesumlage, der Beitrag an den Gemeindeausgleichsfonds, die Bezirksumlage und eine Reihe anderer Einrichtungen und Abgabemöglichkeiten, die die übergeordneten Instanzen eingeführt haben, schwer auf den Gemeinden lasten.

Wie das ausschaut, möchte ich Ihnen an dem Beispiel der Gemeinde Pottenstein aufzeigen. Der Gemeinde Pottenstein wurden für 1955 Bruttoertragsanteile in der Höhe von 397.880 Schilling zugesprochen, bzw. von ihr präliminiert. Davon sollen einbehalten werden: Bundesvorzugsanteile — der neueste Name für das Notopfer — in der Höhe von 135.110 Schilling, der Beitrag zum Gemeindeausgleichsfonds in der Höhe von 65.690 Schilling, die Landesumlage in der Höhe von 87.700 Schilling, der Beitrag zum Familienlastenausgleich in der Höhe von 14.700 Schilling. Insgesamt also werden von diesen 397.880 Schilling von vornherein rund 303.000 Schilling einbehalten, sodaß der Gemeinde im wesentlichen nur 94.000 Schilling von den Ertragsanteilen verbleiben. Die Gemeinde muß aber noch bezahlen: die Bezirksumlage von 150.000 Schilling, den Gewerbesteuerausgleich von 36.000 Schilling, den Beitrag zum Bezirksfürsorgeverband von 60.000 Schilling und die Gastschulbeiträge für die Hauptschule von 40.000 Schilling. Sie können sich errechnen, wie die finanzielle Situation dieser Gemeinde dann wirklich ausschaut. Ich bin sicher, daß Sie aus Ihren Gemeinden überall die gleichen Beispiele bringen können, die zeigen, wie groß die schwere Belastung ist, der die Gemeinden durch die Bundesregierung und durch die Landesregierung ausgesetzt sind. Es ist dann selbstverständlich, daß die Gemeinden gezwungen sind, Einschränkungen auf sozialem Gebiete zu machen. In der letzten Zeit hat der Bund sogar damit begonnen, daß er sich, wenn er in einer Gemeinde irgendein Gebäude errichten will, die Kosten von der Gemeinde vorfinanzieren läßt. So soll zum Beispiel in Hollabrunn ein Finanzamt errichtet werden; dieses Finanzamt wird aber nur dann errichtet, wenn die Gemeinde auf mindestens zwei Jahre 6 Millionen Schilling vorstreckt. Die Gemeinde verfügt aber nicht über diese 6 Millionen. Sie müßte diesen Betrag aufnehmen und dafür

1/2 Million Zinsen zahlen, die auf der anderen Seite wieder bei dringend notwendigen sozialen Einrichtungen abgezwickelt werden müssen. Dabei ist die Methode der Erpressung des Bundes durchaus gang und gäbe. Man erklärt gleich einer Gemeinde: „Wenn Du es nicht so machst, wie wir es Dir sagen, dann wird das Gebäude nicht errichtet. Wenn Ihr in Hollabrunn den Betrag nicht zur Verfügung stellt, dann errichten wir in Retz das Finanzamt.“ Diese Methode des Starken gegenüber dem Schwächeren wird nicht nur vom Bund, sondern auch von der Landesregierung gehandhabt.

Nun zeichnet sich seit neuestem eine andere Tendenz ab. Man beginnt nämlich nunmehr einen reaktionären Vorstoß gegen die Industriegemeinden. Wer den Gesetzentwurf zur Einhebung der Landesumlage gelesen hat, sieht, daß in der bisherigen Form eine wesentliche Änderung eingetreten ist. Während man nämlich früher einfach auf Grund der Ertragsanteile der Gemeinden die Landesumlage eingehoben hat, beginnt man nunmehr mit heurigem Jahr diese lineare Einhebung so abzuändern, daß man auch die Grund- und die Gewerbesteuer zur Bemessung der Landesumlage heranzieht. Von den Gemeinden soll auch in der gleichen Art und Weise ihr Beitrag zum Familienlastenausgleich eingehoben werden und in der gleichen Art und Weise hat man den neuen Gewerbesteuerausgleich sowie den Gewerbesteuer-spitzenausgleich geschaffen. Das alles geschah mit der Absicht, den Industriegemeinden etwas wegzunehmen. Wenn man das alles genau überprüft, so kommt man zu der zwingenden Schlußfolgerung, daß man durch diese Methode den Industriegemeinden zehntausende Schilling, die sie dringend zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben benötigen, entzieht, während man den kleinen Landgemeinden mit dieser Methode eine völlig unzureichende Hilfe gewährt, eine Hilfe, mit der manche Landgemeinden bei Gott nichts anzufangen wissen. Wenn man wirklich die Absicht hat, den Gemeinden zu helfen, dann muß man das Bundespräzipuum, das Notopfer, zum Verschwinden bringen. Es ist in der heutigen Zeit für die Einhebung dieses Notopfers keine zwingende Notwendigkeit mehr vorhanden. Es ist daher zwingend notwendig, dieses Notopfer zu beseitigen, damit die Gemeinden ihre Aufgaben tatsächlich erfüllen können.

Wir wissen, daß der Angriff auf die Industriegemeinden sich nicht nur auf finanzpolitisches Gebiet erstreckt, sondern daß man sogar, wie die Anträge der Volkspartei bewiesen haben, dazu übergegangen ist, einige Industriegemeinden in ihrem Umfang ganz entscheidend zu zerstückeln, also in ihrer Finanzkraft zu beschneiden, um die Macht dieser Industriegemeinden zum Erlahmen zu bringen. Diese ganze Politik gegenüber den Gemeinden, wie sie von der Volkspartei betrieben

wird, zeigt nur einen Teil des verstärkten Kurses der reaktionären Kräfte innerhalb dieser Partei. Sie ist nur ein Teil dessen, was wir in Niederösterreich vor einigen Monaten selbst erlebt haben, und das man glaubt, in ganz Österreich durchführen zu können.

Die verspätete Einbringung des Budgets hat ihre Ursache, wie auch der Herr Finanzreferent darauf hingewiesen hat, darin, daß sich die beiden Regierungsparteien sozusagen in den Haaren gelegen sind, und daher mag es auch so manchem Besucher dieses Hauses eigenartig dünken, daß heute, da man sich doch in den letzten Landtags-sitzungen noch so spinnefeind gegenüberstanden ist, wieder alles in „Butter“ zu sein scheint (*Abgeordneter Stangler: Zum Leidwesen der KP.!*), daß eine Koalitionseinheit scheinbar wieder hergestellt ist, und daß — wer die Dinge kennt — in Niederösterreich eine Entwicklung eingetreten ist, die nicht einmal anfangs 1934 eingetreten war, zu einer Zeit, als die österreichischen Faschisten, hinter denen schon die braunen Faschisten gestanden sind, zum Schlage gegen die Demokratie, zum Schlage gegen die Arbeiterklasse ausholten. Nicht einmal damals ist es den Vorgängern der ÖVP. in der niederösterreichischen Landesregierung gelungen, eine derartige Kapitulation, wie sie diesmal von Seite der SPÖ.-Führung erfolgte, herbeizuführen. Nicht, daß die Sozialisten damals nicht bereit gewesen wären, zu kapitulieren — diese Bereitschaft war damals auch vorhanden —, aber die heutige Form der Kapitulation, die gleichsam eine Entmannung der sozialistischen Landesräte darstellt, (*Heiterkeit*), weil sie in ihren Referaten überhaupt nichts mehr zu reden haben, was der ÖVP. nicht genehm ist, diese Form ist erstmalig.

Soll diese Form der Preisgabe alles dessen, was von den Vorgängern in jahrzehntelanger Arbeit erreicht wurde, nicht zum Nachdenken veranlassen? Es besteht kein Zweifel darüber, daß diese scheinbare Koalitionseinheit von außen her wiederhergestellt wurde, weil man jetzt stärker in Antikommunismus machen und alles dem Antikommunismus unterordnen will. Es kann mir doch niemand einreden, daß es zwischen der SPÖ. und der ÖVP. eine wirkliche Einheit geben kann. Die einen vertreten offen die Interessen der Kapitalisten (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*), die anderen die Interessen der Arbeitnehmer. Das kann zu keiner Einheit auf die Dauer führen, das kann nicht der Stärke der Arbeiterklasse dienen, sondern das kann — wir haben es ja erlebt — nur zu einer Stärkung der reaktionären Kräfte in Österreich führen. (*Abg. Hobiger: Münchhausen!*)

Diese Kapitulation der SPÖ.-Führung steht in krassstem Widerspruch zum Wahlergebnis. Wenn man sich die Positionen der SPÖ. vor den Wahlen und ihre heutigen Positionen betrachtet, wo sie doch 23.000 Stimmen dazugewonnen haben, dann

fragt man sich: Welchen Sinn haben da die Wahlen, wenn die gewinnende Partei politisch völlig entmachtet wird? Und ist es nicht geradezu ein Hohn auf die Demokratie, eine Karikatur der Demokratie, die in dieser Kapitulation zum Ausdruck kommt? Das ist doch eine effektive Karikatur einer Demokratie, die wir hier erlebt haben. Die SPÖ.-Abgeordneten vertreten zweifellos die Interessen ihrer Wähler, aber kommt dies in dieser Kapitulation zum Ausdruck? Wie kann man die Interessen der Wähler vertreten, wenn man stärker wird, die Positionen aber aufgibt? Wie kommt da die Vertretung zum Ausdruck? Nicht, daß wir gegen das Verhandeln sind, nicht, daß wir gegen Kompromisse sind. Wir wissen, wo immer Menschen beisammen sitzen, muß man verhandeln, muß man Kompromisse schließen. (*Abg. Stangler: Er wässert seinen Wein!*) Aber verhandeln und Kompromisse schließen kann man nur auf einer grundsätzlichen Plattform, auf einer Plattform, auf der man grundsätzlich stehen muß, und Kompromisse müssen beiden Teilen Vorteile bringen. Ein Kompromiß kann nicht jemand einseitig begünstigen, sonst ist es kein Kompromiß mehr, sondern eine Kapitulation, wie sie gerade in dem Ergebnis des jetzigen Konfliktes ihren Ausdruck fand. Es geht dabei nicht um die Referate in der n. ö. Landesregierung schlechthin, sondern es geht dabei um die Positionen der Arbeiterklasse. Das ist nicht nur eine Frage, die eine Partei allein betrifft, sondern das ist die Frage, die die Arbeiterklasse schlechthin betrifft. Die Situation der Arbeiterklasse hat sich auf Grund der Kapitulation der SPÖ. in der Landesregierung wesentlich verschlechtert. Nicht stärker, wie es den Wahlergebnissen entspräche, sondern schwächer ist die Position der Arbeiterklasse in Niederösterreich geworden. Und völlig mit Recht taucht bei den Arbeitern, taucht bei den sozialistischen Vertrauensmännern, auf den Bezirkskonferenzen der SPÖ. und in der Landesparteivertretung die Frage auf: Wohin jetzt? Welchen Schutz kann die Arbeiterklasse noch erhalten? Welchen Schutz hat die Demokratie noch in Österreich, wenn diese Politik der Kapitulation sich fortsetzt und schließlich und endlich wieder mit der Beseitigung der Demokratie endet? Es waren namhafte Abgeordnete der SPÖ., namhafte Parteiobmänner, die auf diesen Konferenzen und in der Landesparteivertretung auf diese Situation hingewiesen haben, und mit Recht darauf hingewiesen haben, weil sie aus der Vergangenheit wissen, zu welchem Ende letzten Endes so etwas führen muß. Aber ihnen ist man entgegengetreten, man hat sie beschwichtigt und hat erklärt, man müsse verstehen, Niederösterreich liege in der sowjetischen Besatzungszone, und da kann man nicht so, wie man wollte. In Niederösterreich müsse man eben auf diese sowjetische Besatzungszone Rücksicht nehmen. Dieser Argumentation, dieser Russen-

feindlichkeit zuliebe hat man, statt um die Positionen der Arbeiterklasse zu kämpfen, diese Positionen preisgegeben, schmähsch preisgegeben!

Ich weiß, daß man auf der Neustädter Obmännerkonferenz ganz offen ausgesprochen hat, was ich hier aufgezeigt habe. Es ist eben die amerikanische Politik der Parteiführung, die zu ständigen Kapitulationen vor der Reaktion in Niederösterreich und in Österreich führt, es ist diese amerikanische Politik, die hier all das preisgibt, wofür die Arbeiterklasse Österreichs Jahrzehnte gekämpft hat. Und auf dieser Obmännerkonferenz ist, wie auch auf anderen Konferenzen, den Referenten nicht bloß einmal gesagt worden, als sie mit ihrer Russenfeindlichkeit auftrumpfen wollten: Seid froh, daß die Russen da sind, sonst wärt ihr auch schon fort! (*Abg. Staffa: Das kann nur eine kommunistische Obmännerkonferenz gewesen sein! — Ironische Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Zu deiner Beruhigung — jetzt hätte ich fast gesagt: Genosse Staffa — möchte ich sagen: Es ist so mancher von euch zu mir gekommen und hat gesagt: „Nun, was ist, können Sie nicht bei den Russen etwas machen, in offener oder versteckterer Form, daß die sich dreinmischen?“ Ich habe gesagt, was gehen den Russen die österreichischen Verhältnisse an! (*Abg. Hainisch: Da schau her! — Lebhaft ironische Heiterkeit bei ÖVP. und SPÖ. — Abg. Hainisch: Wo er recht hat, hat er recht!*) Die Russen haben sich nicht eingemischt. Sie haben — sehr anständig — gesagt: Das ist eine innerösterreichische Angelegenheit, da mischen wir uns nicht ein! Ich glaube, daß in der Sozialistischen Partei die Stimmung durchaus nicht so ist, daß der Popp und die anderen eine Freude daran haben könnten. Die sozialistischen Funktionäre bis weit hinauf in der Parteiführung erkennen nämlich die tieferen Ursachen dessen, was da in Niederösterreich vor sich gegangen ist. Sie erkennen, wie es auf verschiedenen Konferenzen zum Ausdruck gekommen ist, daß man das nicht loslösen kann von der allgemeinen politischen Situation, in der sich Österreich heute befindet. Das Vorgehen der ÖVP. stellt nur einen Teil des Vorstoßes der reaktionären Kräfte in Österreich dar, wobei ich weiß und überzeugt bin, daß es in der ÖVP. genügend demokratische Kräfte gibt, daß aber diese demokratischen Kräfte leider zum Nachteil Österreichs immer stärker und stärker an die Wand gedrückt werden, sodaß immer mehr und mehr ein kleiner reaktionärer Klüngel die Politik bestimmt, die in Niederösterreich gemacht wird, und daß es dieser reaktionäre Klüngel versteht, seine Politik durchzusetzen, eine Politik, die darauf hinaus läuft, letztenendes wieder die Unabhängigkeit Österreichs zu gefährden. Dieser reaktionäre Klüngel hat seine Augen nicht auf Österreich gerichtet, sondern nach Westdeutschland zu Adenauer, weil er glaubt, das Heil Österreichs hängt von der deutschen Wiederaufrüstung ab.

(*Widerspruch bei der ÖVP.*) Wir wissen, daß Österreich immer wieder durch Deutschland in einen Krieg hineingerissen wurde, wir wissen weiters, daß gerade Österreich immer wieder sowohl wirtschaftlich als auch politisch die Folgen der deutschen Machtpolitik zu spüren bekommen hat. Wir wissen weiters auch aus der Geschichte ganz genau, daß der deutsche Soldat niemals zur Verteidigung des Friedens, sondern ausschließlich zur Führung eines Angriffes, zur Auslösung eines Krieges da ist. (*Zahlreiche Zwischenrufe*) Wir sehen also, daß diese Ausrichtung auf Westdeutschlands Aufrüstung auch zu starken Vorstößen der Reaktion in Österreich geführt hat. (*Neuerliche Zwischenrufe.*) Wie stark diese Reaktion wirklich ist, zeigt das Beispiel Starhemberg. (*Zwischenrufe rechts.*) Wer hat sich vor fünf Jahren überhaupt den Namen Starhemberg auszusprechen getraut? Vor drei Jahren verlangte er bereits seine Güter zurück; damals hat die Arbeiterschaft dagegen Stellung genommen, sie wurde aber mit dem sogenannten Anti-Starhemberg-Gesetz hinters Licht geführt. Heute steht Starhemberg bereits an unserer Grenze, um seine Güter in Empfang zu nehmen, und die Presse der ÖVP. findet es für selbstverständlich, daß dieser Mann, der vielleicht das größte Verbrechen an Österreich begangen hat, ungeschoren nach Österreich kommen kann, als ob überhaupt nichts geschehen wäre. Nun, wir sind nicht der Meinung, daß diese verbummelte, in Nachtlokalen zugrundegegangene Figur Starhemberg — es ist ja nur bezeichnend, daß der einmal eine Rolle in der österreichischen Geschichte spielen konnte — allein die Demokratie gefährden wird. Aber entscheidend ist diese Entwicklung in den fünf Jahren, dieser Beweis des Stärkerwerdens der Reaktion! Sie zeigt, wie sehr in Österreich bereits an den Grundlagen der Demokratie gerüttelt wird und wie notwendig es ist, daß sich hier wirklich die Arbeiter zusammenfinden, zusammenstehen und alles gemeinsam für den Kampf gegen die Reaktion unternehmen. Hier kommt vor allem der sozialistischen Partei eine große Aufgabe zu. Die sozialistische Partei ist nicht unser Feind, der gemeinsame Feind ist die Reaktion, weil sie der Feind der Arbeiterklasse ist. Gerade dieser gemeinsame Feind müßte doch dazu führen — angesichts der ganzen Entwicklung, wie sie im Fall Starhemberg und wie sie hier in Niederösterreich ihren Niederschlag findet —, daß die beiden Arbeiterparteien zu Diskussionen kommen, bei welchen zweifellos Differenzen und verschiedene Ansichten sich ergeben werden. Unserer Überzeugung nach wird aber über alle diese Differenzen hinweg letzten Endes doch der gemeinsame Wille zum Kampf gegen die Reaktion, zum Kampf gegen die Bedrohung Österreichs durch den deutschen Militarismus stehen. Sie brauchen (*zur Seite der SPÖ. gewendet*) durch-

zustimmen, wenngleich es Tradition der österreichischen Arbeiterbewegung war, soweit ihre Geschichte zurückreicht, daß, wenn sich die sozialistische Partei eines anderen Landes an sie mit einem Appell um Unterstützung gewandt hat, dieser Appell aufgenommen wurde und Unterstützung gefunden hat. Das war einmal! Aber heute ist es anders geworden, denn auch hier hat der Antikommunismus, der Sie in Ihrer Politik immer abhängiger von der Volkspartei, von den Reaktionen macht, dazu geführt, daß Sie nicht einmal mehr Ihre deutsche Bruderpartei und die deutschen Gewerkschaften in ihrem schweren Kampf (*Abg. Stangler: Sie haben ja geradezu großdeutsche Anwendungen*) um die Herstellung der Einheit Deutschlands und gegen den drohenden deutschen Militarismus unterstützen, in einem Kampf, der letzten Endes auch die Unabhängigkeit und Einheit Österreichs sichert. Es ist, wie ich glaube, notwendig, daß die sozialistischen Kollegen darüber nachdenken und selber ein Fazit ziehen, wohin diese ganze Politik des Antikommunismus geführt hat, wem diese Politik genützt hat und wer dabei der Draufzahlende ist. Ich finde es als ehemaliges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei beschämend, wenn heute ein Sozialist seine Meinung, seine Ansicht offen und frei kundgeben will, daß er dazu in Österreich nicht mehr die Möglichkeit hat, sondern ins Ausland gehen muß, wie das jetzt der Hindels mit seinem Artikel machen mußte. (*Abg. Stangler: Das hat gestern abend der Franz Wallner in der Russischen Stunde erzählt! — Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Daß Sie natürlich die sozialistische Politik verteidigen, das verstehe ich, daß aber auch der Stangler sie verteidigt, das bestätigt und unterstreicht nur das, was ich gesagt habe. (*Abg. Bachinger: Jetzt kommt er wenigstens einmal von seinem Thema ab! — Heiterkeit.* — *Abg. Lauscher: Euch wird das Lachen über die deutsche Aufrüstung noch vergehen! — Weitere Zwischenrufe.* — *Präsident Sassmann gibt das Glockenzeichen.*)

Ich glaube, daß die sozialistischen Kollegen angesichts der innerpolitischen und außenpolitischen Gefahren, die vor uns stehen, darüber doch ernstlich nachdenken müssen. Denn gerade diese außenpolitischen Gefahren sollen uns zu denken geben, daß es tausende Kommunisten und Sozialisten waren, die ihr Leben für die Sache Österreichs hingegeben haben, und diese tausende Leben verpflichten uns, auch wenn noch so große Differenzen vorhanden sind, in bestimmten Momenten, wo es um Entscheidungen für die Zukunft Österreichs geht, diese Differenzen zurückzustellen und — so wie es früher war — den Kampf für die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse gemeinsam zu führen.

Die Kriegsgefahr ist zweifellos unerhört angewachsen. (*Abg. Staffa: In China, in Formosa! —*

Ruf bei der ÖVP.: Nicht schlecht!) Das ist doch deren Sache. Das Schlechte beim Staffa ist, daß er nicht das sagt, was er weiß. Er kennt schließlich die große Gefahr, den Ernst der Gefahr, das weiß ich ganz genau. (*Zwischenrufe bei der Sozialisten.*) Ich habe immer eine große Achtung vor ihm gehabt, das habe ich ihm nicht einmal gesagt, das weiß er ganz genau. (*Landesrat Stika: Zeugnisverteilung!*) Wir wissen, daß gerade in den letzten Wochen und Monaten die internationalen Spannungen unerhört zugenommen haben, daß die Frage der deutschen Remilitarisierung, die von verschiedenen westeuropäischen Parlamenten beschlossen wurde, die Kriegsgefahr noch drohender, noch akuter hat werden lassen, als sie in der Vergangenheit gewesen ist. Aber nicht nur die Kriegsgefahr wurde akuter, sondern wir wissen auch, daß die deutsche Remilitarisierung zu einer unmittelbaren Gefahr für Österreich wird. Das sehen nicht nur wir, das sehen auch die Demokraten in der Volkspartei, und die „Furche“ hat es in ihrem Artikel vom 13. November 1954 ganz offen zum Ausdruck gebracht. Vielleicht denken die Kollegen von der Volkspartei — ich weiß nicht, ob sie diesen Artikel gelesen haben — darüber nach, was die „Furche“ geschrieben hat. Sie schreibt über Westdeutschland (*liest*):

„Bei öffentlichen Empfängen, bei Reisen nach Bonn, bei Gegenbesuchen in Wien konnte man, salopp und überschwänglich, Töne hören, die von weniger wohlwollenden Außenstehenden als fast hitlerisch angekreidet werden konnten: soviel war und ist da die Rede von ‚Schicksalsgemeinschaft‘, von gemeinsamem Leben und Sterben. Seit Jahren können auch in Österreich ungehindert Blätter erscheinen, die ihren ganzen Unrat über jene einsamen Männer und Frauen ausgießen, die für Österreichs Freiheit gestorben sind, und die offen mit der ‚Abrechnung‘ drohen. Von Büchern ganz zu schweigen. Diese Kreise werden geduldet, beziehungsweise sogar gefördert von einem weit rechts stehenden Flügel der ersten Regierungspartei und fast noch mehr und nachdrücklicher von einem starken Flügel der SPÖ., der mit den ‚nationalen‘ Stimmen die heißersehnte Mehrheit gewinnen will.“ Dann heißt es weiter (*liest*): „Wir hatten es nicht nötig, das Gras wachsen zu hören. Wir hatten Gelegenheit, bei hundert Reden, auf Kongressen, bei Aufmärschen, in Zeitungen und Büchern und soeben wieder in politischen Aktionen in Deutschland laut und vernehmlich zu hören: das heutige Österreich ist ein Provisorium, Österreich ist ein Teil des deutschen Reiches und als solcher berufen, die Last und Größe seiner Geschichte mitzutragen.“

Klarer, deutlicher kann man die Situation nicht umreißen, als es hier geschehen ist, und zwar nicht von einem Kommunisten, nicht von irgend jemandem, sondern von einem von Ihnen, der spürt, wohin die ganze Entwicklung geführt hat,

der weiß, welche unerhörte Gefahren Österreich drohen. Die Sorge um die Existenz Österreichs, um die Einheit Österreichs ist es, die diesen Mann von Ihnen diese Worte haben niederschreiben lassen.

Sollen wir uns diese Mahnung nicht einprägen, sollen wir hier nicht verstehen, daß es die Aufgabe von allen Demokraten ist, wirklich gemeinsam den Kampf gegen die drohende Gefahr aus dem Westen zu führen? Diese Gefahr ist umso größer, als auch bei uns in Österreich Kräfte am Werke sind, die leichtthin die fünfte Kolonne der deutschen Militaristen sind.

Ich möchte noch einmal auf die Rede Gorbachs im Parlament vom 3. Dezember 1954 hinweisen, wo er gesagt hat (*liest*): „Von der Stunde an, da Rußland in den Krieg eintrat, war es für jedermann klar, daß die Niederlage Deutschlands die völlige Bolschewisierung Deutschlands und Österreichs zur Folge haben könnte. Und deshalb haben die Soldaten im Osten den Kampf um die Würde und Freiheit des Menschen geführt. Hier kommt uns nur eines zu: in Ehrfurcht unser Haupt zu neigen.“ Fragen Sie Ihre Kollegen in beiden Fraktionen, die mit uns in den Konzentrationslagern gewesen sind, um ihre Meinung, was sie damals gedacht haben und wie sie von der Schlacht bei Stalingrad an täglich auf verborgen gehaltenen Karten abgesteckt haben, wie weit schon die Russen vorgestoßen waren, weil sie klar gesehen und erkannt haben, daß, wenn nicht die Sowjetunion wäre, ganz Europa, ja die ganze Welt in der faschistischen Flut erstickt und erstickt wäre. Sie haben gewußt, daß es vor allem die Sowjettruppen waren, die den Insassen der Konzentrationslager die Freiheit gebracht und es auch ermöglicht haben, daß wir heute hier beisammen sitzen können.

Aber noch besser und noch deutlicher kamen die Absichten dieses Flügels, von dem auch die „Furche“ sprach, in einer Versammlung Mitte November in Großpetersdorf im Burgenland zum Ausdruck. Dort wurde gesagt (*liest*): „Mit der Zustimmung der Franzosen zu einer deutschen Wehrmacht brauche Deutschland nun keine Rückendeckung mehr gegenüber dem alten Erbfeind, wodurch Europa den Rücken frei hat zum Kampf gegen den Osten. In der heutigen Situation“ — wurde dann weiter gefolgert — „ist Amerika die Versorgungsbasis, Westeuropa die Etappe, Österreich das Schlachtfeld und Burgenland der Schützengraben.“ Das sagte Staatssekretär Graf! Jetzt sagen Sie mir: Gehört so ein Mann ausgejagt oder nicht, der Österreich zum Schlachtfeld machen will. Werfen Sie ihn aus Ihrer Partei hinaus, wenn Sie Österreicher sein wollen! Entziehen Sie ihm die Möglichkeit, den Hochverrat der 5. Kolonne an Österreich zu betreiben, der hier zum Ausdruck kommt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.: Hochverrat betreiben Sie!*) Beide Herren,

die den Zwischenruf gemacht haben, erinnere ich daran, daß 6000 Kommunisten im Kampf für Österreich hingerichtet wurden. Keine andere Partei hat solche Opfer für Österreich gebracht! Beide Herren erinnere ich auch daran, daß sich heuer am 13. März der Jahrestag wiederholt, wo das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei als einzige Partei die österreichische Bevölkerung zum Kampf um die Wiederherstellung Österreichs aufgefordert hat! In einer Erklärung hat sie auch zum Ausdruck gebracht, nicht zu ruhen, bis Österreich wiedererstand sein wird. Wo waren damals die anderen Parteien? Ich war damals noch bei den revolutionären Sozialisten. Der Abgeordnete Wenger — er ist heute nicht hier — hat mir damals selbst den Kampfeinstellungsbefehl überbracht, weil es angesichts des deutschen Faschismus unmöglich sei, den Kampf weiter zu führen. (*Zur ÖVP. gewendet.*) Und die letzten Worte Schuschnigg's kennen Sie! Erst später — das möchte ich unterstreichen — haben sich einzelne Personen von Ihnen zum Kampf um die Freiheit Österreichs zusammengefunden, damit Österreich wiedererstehen konnte. Inzwischen haben schon Tausende von Kommunisten ihr Leben eingebüßt. (*Präsident Endl: Und wer war Staud und Genossen?*) Es hat auch einzelne anständige Menschen gegeben. (*Präsident Endl: Wir lassen die Toten ruhen und Sie wählen immer auf!*) Heute zu reden, Österreicher zu sein, ist nicht schwer, den wahren Freund erkennt man aber in der Not. Wir waren da, das ist eine Tatsache, wo waren aber Sie? (*Zwischenruf rechts: Nur nicht verallgemeinern!*) Ich habe unterstrichen, daß es einzelne achtenswerte Menschen auch bei Ihnen gibt, die aber heute leider an die Wand gedrückt werden. (*Präsident Endl: Ich fordere Sie auf, zum Budget und zur Sache zu sprechen!*) Das gehört zum Budget, denn das Budget widerspiegelt doch die ganzen Verhältnisse. (*Abg. Lauscher: Es ist Euch unangenehm; es kommt noch mehr!*) Diese ganze Gefahr ist schon deswegen sehr akut geworden, weil gerade im Zusammenhang mit der Frage der deutschen Remilitarisierung, angesichts der Tatsache, daß es nicht gelingen kann, unter den derzeitigen Verhältnissen ganz Österreich anzuschließen, die Absichten bestehen und von Tag zu Tag die Gefahr größer wird, wenn schon nicht ganz Österreich so zumindest einen Teil Österreichs an Deutschland anzuschließen. Es ist eine Tatsache, die von niemandem bestritten werden kann, daß beispielsweise in Amerika bereits Landkarten des amerikanischen Informationsdienstes ausgegeben werden, in denen Westösterreich als ein Teil Deutschlands dargestellt wird. Die Verbindungen des Informationsdienstes zum Hauptquartier sind bekannt. Es ist auch eine Tatsache, daß bei uns in Österreich eine Entwicklung eingetreten ist, die wirklich ganz ernst die Gefahr unterstreicht, die schon seit Jahren darauf abzielt,

eine Zerreißung Österreichs herbeizuführen. Und hier ist es unsere Aufgabe, nicht nur als Sprecher einer Fraktion, sondern als Sprecher des niederösterreichischen Landtages unsere Stimme vernehmlich zu erheben, um den Kampf gegen alle diese Tendenzen der Zerreißung Österreichs und für die Einheit Österreichs, der ja gleichzeitig auch ein Kampf für die Souveränität Österreichs ist, zu führen. Das ist notwendig!

Wer die Vorgänge kennt, der weiß auch, daß die Frage der Benachteiligung — der Herr Landesrat Müllner hat von dieser Benachteiligung gesprochen —, unter der Niederösterreich seit Jahren zu leiden hat, die finanzielle Zurücksetzung auf den verschiedensten Gebieten bedeutet. Er hat auch über den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gesprochen, auf welchem Gebiete die Dinge noch viel drastischer liegen. Durch die stete Benachteiligung hat man unserem Lande bisher mindestens 600.000.000 Schilling vorenthalten, also entzogen. Wenn man den Anteil der Straßen, die in Niederösterreich vom Bund erhalten werden, mit den Anteilen der anderen Bundesländer im Westen vergleicht, dann sieht man, daß Niederösterreich nur einen Bruchteil dessen erhält, auf das es Anspruch hätte. Man sieht, daß diese Frage der Benachteiligung überall spürbar und überall wirksam ist. Und wir wissen es ja auch, daß es die entscheidende Frage war, die den Beginn des Baues Ybbs-Persenbeug so lange hinausgezögert hat. Kein anderer als (*zur Seite der ÖVP. gewendet*) Ihr Bundeskanzler Raab, der damals am Beginn seiner Kanzlertätigkeit stand, war es, der bei der Eröffnung des Baues der Stufe Dobru-Krumau — man weiß nicht, ist ihm das nur so herausgerutscht, oder hat er es bewußt gesagt, denn inzwischen hat sich einiges geändert — wortwörtlich gesagt hat (*liest*): „Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die gegen den Ausbau der Kampalwerke Sturm liefen, weil man ihnen im Kriegsfall eine strategische Bedeutung beimessen könnte. Die gleichen Stimmen machten auch geltend, daß der Bau des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug nicht zu vertreten sei, weil dieses im Kriegsfall eine Seite ungebührlich begünstigen würde.“

Hier ist also das offen ausgesprochen und bestätigt, was wir im Landtag in den vergangenen Jahren immer wieder gesagt und worauf wir hingewiesen haben, nämlich, daß die Benachteiligung Niederösterreichs nicht mehr eine zufällige sei oder gar eine Frage der Schlamperei, sondern daß diese Benachteiligung eine absichtliche, eine politische ist. Hier wurde es bestätigt, was wir gesagt haben. Damit wurde auch bestätigt, daß die Pläne zur Zerreißung, zur Aufteilung Österreichs nicht von heute und nicht von ungefähr gekommen sind, sondern daß sie in der Strategie der amerikanischen Kriegsvorbereiter schon lange Zeit eine entscheidende Rolle gespielt haben. Nuncmehr, bei Änderung der ganzen Situation, ange-

sichts der Tatsache der Aufrüstung Westdeutschlands, sehen wir, daß diese Frage eine entscheidende Frage für Österreich und damit auch für Niederösterreich ist. Allerdings ist die Aufrüstung Westdeutschlands noch nicht feststehend, denn es kann sich da noch allerhand in der ganzen Welt ereignen, weil die Mehrheiten der Parlamente sehr fragwürdige Mehrheiten sind, bei weitem nicht die Mehrheiten der Völker, und wir sehen gerade jetzt, mit welchen Schwierigkeiten Adenauer zu kämpfen hat.

Die Zustimmung zur Aufrüstung Westdeutschlands bedeutet letzten Endes die Zustimmung zur Aufhebung der österreichischen Souveränität. Die Zustimmung zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands bedeutet angesichts der ganzen internationalen Situation letzten Endes die Zustimmung zur Zerreißung Österreichs! Das muß jedem Volksvertreter bewußt werden. Jeder Volksvertreter hat angesichts dieser Tatsache die zwingende Aufgabe vor sich, in seinem Kreise, im Kreise der niederösterreichischen Bevölkerung alles daranzusetzen, daß diese Zerreißungsabsichten, die Aufhebung der Souveränität Österreichs nicht Wirklichkeit werden, und daß solche Männer wie Graf entfernt werden, die eindeutig gegen die Souveränität Österreichs auftreten.

Das müssen wir heute bei der Budgetberatung wissen, daß es notwendig ist, hier in Niederösterreich eine ganz andere Politik einzuschlagen, wenn wir den Interessen Österreichs gerecht werden wollen. Wir müssen erkennen, daß sich wirklich alle Demokraten zusammenfinden müssen zum gemeinsamen Kampf um die Erhaltung unserer Heimat, unseres Österreichs!

PRASIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. W o n d r a k.

ABG. WONDRAK: Hoher Landtag! Wir sind eben daran, den Haushaltsplan für das laufende Jahr zu beschließen, und es ist für uns von ausschlaggebender Bedeutung, welche Stellungnahme der Landtag zu dem Inhalt dieser Vorlage einnimmt.

Wir haben diesmal eine Neuerung, und zwar insofern, als die Abgeordneten des Hohen Hauses diesmal zwei dicke Bücher vor sich liegen haben. Wenn man die Vorgeschichte kennt, kann man ohne weiteres verstehen, wieso es zu dieser Form der Budgetvorlage gekommen ist.

Am Ende des Wahlkampfes, der am 17. Oktober die Entscheidung gebracht hat, hat sich klar herausgestellt, daß die Sozialistische Partei in diesem Lande weiterhin Fortschritte gemacht hat, daß ihr ein größerer Teil der Bevölkerung das Vertrauen geschenkt hat, und es war selbstverständlich, daß diese Vertrauenskundgebung, die diese Abstimmung vom 17. Oktober gebracht hat, eine Änderung in der inneren Politik des Landes

Niederösterreich mit sich bringen wird. Nun war die Reaktion auf dieses Ergebnis der Wahl nicht so, wie sie sich jeder echte Demokrat und jeder vernünftige Mensch vorgestellt hat. Die Volkspartei hat die Auffassung vertreten, daß es nun hoch an der Zeit sei, den starken Mann zu spielen, weil sonst die Entwicklung konstant dahin führen wird — man kann die Zeit direkt am Kalender ablesen —, wann sie als die stärkste Partei dieses Landes abtreten muß, und sie hat gemeint, das kann man am besten dadurch verhindern, daß man der Welt vorexerziert, man ist der starke Mann, der sich über alle Dinge hinwegsetzt, selbst über die Stimmung der niederösterreichischen Bevölkerung.

Es hat wirklich ernste Auseinandersetzungen gegeben, und es wurden schwere Diskussionen über das Wesen der Demokratie geführt. Wir Sozialisten sind der Auffassung, daß dabei die Volkspartei in einigen Fragen hart an den Rand eines Zustandes gekommen ist, von dem man sagen muß, daß er mit Demokratie nichts mehr zu tun hat. Die Mehrheitspartei, die nur eine ganz verschwindende Mehrheit vertritt, war der Auffassung, daß sie den Weg frei haben muß, um alle ihre Einfälle im niederösterreichischen Landtag durchsetzen zu können. Die Erkenntnis, daß die Demokratie darin besteht, daß das Zusammenwirken verschiedener Meinungen in einer Diskussion zum Ausdruck kommen muß, dessen Ergebnis dann in einer gemeinsamen Willensbildung zu finden ist, haben wir bei der Volkspartei in diesem Stadium absolut nicht feststellen können.

Wenn heute der Vorredner darüber geklagt hat, daß es zu einer Kapitulation der Sozialisten in diesem Kampfe gekommen sei, so möchte ich mit aller Offenheit folgendes sagen: Uns sind die Interessen des Landes Niederösterreich — wir haben uns nie gescheut, es offen auszusprechen — wichtiger als Machtgier einzelner Schichten. Wenn wir vernünftigerweise im Interesse des Landes und vor allem im Interesse der außenpolitischen Lage ganz Österreichs einen Standpunkt vertreten haben, der letzten Endes doch zu einer befriedigenden Lösung geführt hat, so können wir sagen, daß diese Lösung, die da gefunden worden ist, voraussichtlich den Weg zu einer Zusammenarbeit frei macht, die im Interesse des Landes Niederösterreich notwendig ist. Wenn man den Sieg der Vernunft Kapitulation nennen will, so kann man das natürlich ohne weiters tun. Unserer Meinung nach ist aber dieser Ausdruck „Kapitulation“ nicht am Platz, sondern wir haben hier nur einen Zustand geschaffen, der, wenn das Land verwaltet werden muß, unbedingt geschaffen werden mußte.

Der Voranschlag, der uns heute vorgelegt wird, ist zahlenmäßig gesehen ein sehr umfassendes Gebilde. Technisch betrachtet ist er fein säuberlich gearbeitet. Es sind Übersichten beigegeben, die eine Orientierung erleichtern. Wenn es auch

wünschenswert wäre, daß noch nach verschiedenen Richtungen hin Vergleiche und Gegenüberstellungen gegeben werden, so muß man sich mit dieser Vorlage schließlich zufriedengeben, weil man doch, allerdings nach einigem Suchen, das herausfinden kann, was man unbedingt aus einem Voranschlag herauslesen muß.

Wir haben heuer bereits einen ziemlich hohen Ausgabenstand erreicht. Die 844 Millionen Schilling, die nach Abzug der Zuweisung aus der ordentlichen Gebarung in die außerordentliche Gebarung als Ausgaben aufscheinen, sind ein nennenswerter Betrag. Wenn wir überprüfen, ob es möglich ist, mit dieser Summe alle Notwendigkeiten des Landes zu decken, so muß man feststellen, daß das leider nicht der Fall ist. Es besteht gar kein Zweifel, daß alle Mitglieder dieses Hauses nach bestem Wissen und Gewissen der Meinung sind, daß noch manche andere Frage in diesem Lande einer Erledigung zugeführt werden sollte und daß leider der Bogen, der schon bis zum äußersten gespannt ist, noch eine weitere Anspannung nicht mehr duldet. Denn wir haben auf der Einnahmenseite doch einen wesentlich niedrigeren Betrag von rund 739 Millionen Schilling, sodaß sich ein Abgang von fast 150 Millionen Schilling ergibt. 150 Millionen Schilling ist ein ziemlich hoher Betrag. Wir sind allerdings der Meinung, daß der Abgang in der ordentlichen Gebarung von 57 Millionen Schilling am Ende des Verwaltungsjahres nicht als Abgang aufscheinen wird, sodaß es ohne Einsparungen, wie es der Herr Finanzreferent gesagt hat, möglich sein wird, durch Mehreingänge diesen Abgang aufzubringen. Auch ein Vergleich mit dem Rechnungsabschluß 1953 ergibt, daß die Einnahmenansätze in bezug auf das Jahr 1955 äußerst vorsichtig erstellt worden sind. Es ist sicherlich vorteilhaft und besser, wenn man bei der Veranschlagung der Einnahmenseite zurückhaltend ist.

Es ist eine alte Gepflogenheit, daß der Finanzreferent den Anforderungen nach höheren außerordentlichen Ausgabenposten ausweicht; immerhin verbleibt aber in der außerordentlichen Gebarung noch immer ein Abgang von mehr als 92 Millionen Schilling. Es ist in der Einleitung zum Budget vom Herrn Berichterstatter auf Richtlinien hingewiesen worden, die seinerzeit im Zuge des Finanzausgleiches von der Bundesregierung erstellt worden sind, dahingehend, welche Ausgaben in den ordentlichen und welche Ausgaben in den außerordentlichen Voranschlag gehören. Man hat nun das Gefühl, daß im außerordentlichen Voranschlag des Landes verschiedene Erfordernisse enthalten sind, die genau so zwangsläufig notwendig sind, wie die Erfordernisse, die normalerweise im ordentlichen Voranschlag aufscheinen. In den außerordentlichen Voranschlag schiebt man gerne mit einer gewissen Absicht Dinge hinein, die ansonsten, weil man sie unbedingt haben muß,

als nicht außerordentlich anzusehen sind. Wenn es nun einen Vorteil hat, in dieser Form zu budgetieren, so doch nur den, daß man sich damit die Möglichkeit schafft, durch Kreditoperationen — wie es in der Vorlage heißt — die notwendigen Geldmittel zur Bedeckung der außerordentlichen Ausgaben zu beschaffen. Mehr Geld bedeutet mehr Aufträge, mehr Aufträge bedeuten aber mehr Arbeit, und aus diesem Grunde kann man sich damit abfinden, wenn auf diese Art und Weise budgetiert wird. Es wäre natürlich ganz unmöglich, den Abgang des ordentlichen Voranschlages mit Darlehen zu decken. Man kann daher verstehen, weil man unter allen Umständen im ordentlichen Voranschlag das Gleichgewicht herstellen will, daß man auch verhältnismäßig kleine Ausgabenposten in den außerordentlichen Voranschlag hineinnimmt. Die Deckung des Abganges in der ordentlichen Gebarung durch Einsparungen und durch zu erwartende Mehreinnahmen ist sicherlich ohne weiteres erreichbar. Die Kreditoperationen zur Deckung des Abganges des außerordentlichen Voranschlages hingegen werden in der Vorlage nicht klar und deutlich angegeben; man spricht nur davon und meint, daß es notwendig sein wird, Darlehen aufzunehmen, weil für den außerordentlichen Abgang keine Reserven zur Verfügung stehen. Im Finanzausschuß wurde uns mitgeteilt, daß der Erlös der Landesanleihe vom Vorjahre im Ausmaß von 200 Millionen Schilling so gut wie verbraucht sei; die Beträge seien bereits aufgeteilt, und sie müssen bereit gehalten werden, um die seinerzeitigen Verpflichtungen zeitgerecht erfüllen zu können.

Ob die finanzielle Lage des Landes Niederösterreich als günstig zu beurteilen ist, diese Frage kann man mit folgendem Satz beantworten: Wir schwimmen nicht im Geld, doch finden wir von einem Jahr zum anderen unser Auslangen. Es ist bisher auch keine übermäßige Verschuldung des Landes eingetreten. Wir müssen aber trotz alldem sagen, daß wir eine finanzielle Enge verspüren, die uns in manchen Dingen die Verwaltung des Landes erschwert. Der Herr Finanzreferent hat versucht, diese finanzielle Enge zu erklären, und er hat darauf hingewiesen, daß es einige Bundesgesetze gibt, die unsere Schwierigkeiten noch wesentlich vergrößert haben. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß sich die Steuerermäßigungen des Bundes viel drastischer gegenüber dem Land auswirken als es gegenüber dem Bund der Fall ist. Wir haben schon seinerzeit, als diese Steuerermäßigungen im Bund verhandelt wurden, darauf hingewiesen, daß es keine besondere Kunst ist, wenn der Bund mit seinen Steuerermäßigungen prunkt, weil die Länder aber auch die Gemeinden durch diese Senkungen Einnahmenausfälle in ganz nennenswertem Ausmaße erfahren werden. Selbstverständlich sind wir dafür, daß diese Steuersenkungen vor allem bei der Lohnabzugsteuer Platz

gegriffen haben, wir sind sogar der Meinung, daß auf diesem Gebiet noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, und daß vor allem für die kleinsten Einkommen, die man heute noch immer nicht steuerfrei hält — es handelt sich um Beträge, die tief unter dem tatsächlichen Existenzminimum liegen und noch steuerpflichtig sind — noch so manche Änderung wird Platz greifen müssen. Bedauerlich ist es nur, daß die Landeskasse damit rechnen muß, daß sie bei diesen Steuerermäßigungen der erste Leidtragende ist. Ich stimme daher der Auffassung zu, daß bei Steuerermäßigungen, die auf Bundesebene durchgeführt werden, vorher gut überlegt werden muß, wer die Kosten dieser Steuerermäßigung zu tragen hat. Wenn sich der Bund auf Grund der durch die Erhöhung des Nationaleinkommens eingetretenen wirtschaftlichen Situation entschließt, Steuerermäßigungen durchzuführen, dann müßte die bezügliche Vorlage so gestaltet werden, daß nicht die Länder und die Gemeinden letzten Endes die Leidtragenden sind, während sich der Bund brüstet, daß er diese Steuerermäßigungen beschlossen hat.

Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß die Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesaufgaben ungerecht sei. Es wurde wieder das Beispiel von Wien angeführt. Ich glaube aber, wenn man über diese Dinge spricht, muß man doch verschiedene Umstände berücksichtigen, weil man sonst zu einem irrigen Bild kommt. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Frage der Aufteilung der Ertragsanteile, wie sie heute besteht, noch lange nicht der Weisheit letzter Schluß ist, und daß man darüber noch ernstlich nachdenken muß, wie sich die Dinge in der Zukunft im Interesse der Einheit des Bundesgebietes wirklich gestalten sollen. Aber ich glaube, es ist doch nicht richtig dargestellt, wenn man sagt, daß Niederösterreich mit einer Einwohnerzahl von 20,2 Prozent der Gesamtbevölkerung 17 Prozent der Ertragsanteile erhält, während das Land Wien, das 23,2 Prozent der Einwohnerzahl aufzuweisen hat, 32 Prozent erhält. Das ist wohl rechnerisch richtig, ein Blick auf die ausgewiesenen Eingänge beweist die Richtigkeit dieser Zahlen. Nur darf man dabei nicht übersehen, daß wir in Niederösterreich 1660 Gemeinden haben, und daß man eben dann, wenn man sagt, daß Wien als Land und als Gemeinde Ertragsanteile bekommt, wir auch die Anteile der Gemeinden unseres Landes berücksichtigen müssen, um zu einem richtigen Vergleichsschlüssel zu kommen. Aber bitte, sei dem wie immer, es ist unbestritten, daß der Aufgabenbereich des Landes Niederösterreich, der sich auf ein sehr großes Territorium verteilt, ungleich teurer zu stehen kommt, als der Aufgabenbereich in einem konzentrisch zusammengefaßten Gebiet, wie es das Bundesland Wien darstellt. Die Frage der Aufteilung der Ertragsanteile auf die einzelnen Bundesländer wird also noch längere Zeit auf der Tagesordnung ste-

hen. Ob dabei der abgestufte Bevölkerungsschlüssel in der bisherigen Form aufrecht bleibt oder ob ein anderer Ausgleich gefunden werden muß, bleibe dahingestellt. Wir nageln nur an und stellen mit tiefem Bedauern fest, daß die Tendenz, den Industriegemeinden immer wieder Steuern wegzunehmen, sie dadurch zu schwächen und sie dadurch an der Vollendung ihrer Aufgaben, die in hohem Maße noch nicht gelöst sind, zu hindern, bei der Volkspartei noch immer besteht. Ich glaube, man erweist damit dem gesamten Lande keinen guten Dienst, denn überall in der Welt legt man größten Wert darauf, daß die Städte blühen und gedeihen. Sie sind das Zentrum der Kultur, der Wirtschaft. Die heutige Zeit zwingt zur Zentralisation. Und wenn man die Städte finanziell schwächt oder gar entmachtet, so wird man ihrem Hinterland keinen guten Dienst erweisen. Es wäre wirklich an der Zeit, gut zu überlegen, ob man diese Entwicklung, die vor allem durch den Gemeindeverband vertreten wird, im Interesse des Landes auch wirklich weiter unterstützen kann.

Es ist uns auch gesagt worden, daß der Umstand, daß wir in Niederösterreich eine ungünstige, eine beengende finanzielle Situation haben, des weiteren darauf zurückzuführen ist, daß wir viel, viel mehr Kilometer Landesstraßen verwalten müssen, als das in anderen Bundesländern der Fall ist. Ich glaube, es wäre wirklich Sache der niederösterreichischen Landesregierung und des zuständigen Referenten, auf dieses unmögliche Verhältnis immer wieder hinzuweisen. Es ist richtig, daß es in Niederösterreich Erdstriche gibt, denen man fälschlich den Namen „Straße“ beilegt. Es ist auch richtig, daß durch den heutigen Autoverkehr die alten Sand-, Lehm- und Lößstraßen einem Zustand der völligen Auflösung entgegengehen, und daß es heute bereits in Niederösterreich Straßen gibt, auf denen man mit einem Fahrzeug überhaupt nicht mehr fahren kann. Daß man mit den Beträgen, die wir jedes Jahr für den Neubau von Straßen und für die Straßenerhaltung bekommen, unter keinen Umständen das Auslangen finden kann, ist, glaube ich, keine strittige Frage innerhalb der Parteien dieses Hauses. Wenn dieser unhaltbare Zustand wirklich behoben werden soll, dann muß ein großzügiges Programm erstellt werden, gestützt auf einen wesentlich höheren Beitrag des Bundes, oder von mir aus auf eine Anleihe oder vielleicht auf eine sonstige finanzielle Operation, die es ermöglicht, wichtige Durchgangs- und Zufahrtsstraßen in weit höherem Ausmaß als bisher in einen Zustand zu versetzen, daß man sagen kann, das Straßennetz in Niederösterreich ist wieder befahrbar.

Wir alle, die wir durch das Land gehen und mit offenen Augen die Dinge sehen, wissen, daß durch die Tatsache, daß zu wenig Geld vorhanden ist, die Straßenverwaltung wiederholt zu Experimen-

ten gezwungen ist, von denen man sagen kann, es bedeutet ein nutzlos ausgegebenes Geld. Was kann es schon bedeuten, wenn man Straßen walzt und makadamisiert, und man gibt keine feste Oberdecke darauf? Nach zwei Jahren ist die Straße schlechter als sie gewesen ist, und die Gelder, die aufgewendet worden sind, haben absolut keinen positiven Erfolg gebracht. Lieber 100 Meter feste und solide Straße gebaut, als fünf Kilometer Straße vorübergehend auf Glanz bergerichtet, die sich in Zukunft als nicht befahrbar erweist!

Bedauerlich ist, daß wir hören mußten, daß die geplante Regelung für jene Gemeinden, die ein Spital erhalten müssen, beim Herrn Finanzreferenten auf keinen guten Boden gefallen ist. Er hat ausdrücklich erklärt, daß hier eine Lösung gefunden werden muß, die dem Land Niederösterreich keinerlei Belastung auferlegt. Wir sehen es als selbstverständlich an, daß sich jeder Finanzreferent dagegen verwahrt, wenn ihm neue Lasten drohen. Aber wir stellen hier neuerlich fest, daß wir es für gleich unmöglich halten, daß das Land für seine zwei Spitäler in Speising und Tulln, wie wir aus der Budgetvorlage sehen, ganz hohe Abgänge aus Landesmitteln deckt, wogegen die Abgänge der übrigen Spitäler in Niederösterreich von einigen wenigen Gemeinden allein mit ihrer viel, viel schwächeren Finanzkraft gedeckt werden müssen. Ich möchte bitten, daß man sich hier nicht in einer Auffassung versteift, sondern einen Weg sucht, um dem heutigen Zustand doch ein Ende zu bereiten. Wir haben das neue Krankenanstaltengesetz im Entwurf bereits in der Mappe. Wenn dieses Gesetz kommt, muß man ja zu diesen Fragen Stellung nehmen. Ich halte es jedenfalls für unmoralisch, daß einige wenige Gemeinden Niederösterreichs für die Gesamtheit der Gemeinden die Kosten des Gesundheitswesens zu tragen haben. Ein Ausweg wird auf diesem Gebiete gefunden werden müssen. Ein starres Festhalten an dem Standpunkt „Ich gebe nichts, weil ich bisher nichts gegeben habe“ oder „Ich gebe nichts, weil ich Mehrbelastungen ablehnen muß“ ist nach unserer Auffassung doch nicht der Weg, der zu einer befriedigenden Lösung führt.

Klage geführt wurde auch darüber, daß das Wohnbauförderungsgesetz 1954 von Anfang an, bevor es noch eigentlich wirksam ist — es konnte noch nicht wirksam werden, weil es erst seit kurzer Zeit in Kraft ist —, schon wieder ein großes Unrecht gegenüber Niederösterreich enthält, da die Statistik, die man seinerzeit gemacht hat, wie bereits gesagt wurde und wie es allgemein bekannt ist, von Menschen beeinflusst worden ist, die kein Interesse daran haben, daß der öffentliche Wohnungsbau in diesem Lande gefördert und damit die Wohnungsnot behoben wird. Das ist bekannt und wiederholt ausgeführt worden. Weil man aber eine schlechte Statistik

gemacht hat, stehen wir jetzt vor dem Zustand, daß das Land Niederösterreich wesentlich weniger bekommt, als es anteilmäßig wirklich bekommen müßte. Dabei ist zu bedenken, daß man gar nichts damit gemacht hat, wenn z. B. die Gemeinde Groß-Gmugl meldet, daß es bei ihr keinen Wohnungssuchenden gibt, obwohl man, wenn man die Wohnungsverhältnisse der Inwohner in den Dörfern kennt, sagen muß, daß dort die Wohnungen noch viel schlechter sind als die schlechtesten Wohnungen in den Städten. Ich kenne da eine Fülle von Beispielen. Wenn man in einer bestimmten Gemeinde keine Wohnungsnot kennt, so ist das eine Tatsache, die man unter Umständen zur Kenntnis nehmen wird. Aber was haben davon die Einwohner einer Stadt, etwa von Stockerau, wenn dort Wohnungssuchende sind, die seit Jahren auf eine Wohnung warten und die trotz der großen Bautätigkeit verzweifelt von einem Jahr zum anderen, vom Frühling zum Herbst und vom Herbst auf das nächste Jahr immer wieder zu warten müssen, bis sie eine Wohnung bekommen? Dabei ist ein zunehmender Verfall der Altwohnungen festzustellen. Ununterbrochen, fast jede Woche werden uns Wohnungen gemeldet, die ganz einfach nicht mehr bewohnbar sind. Es gibt Wohnungen, die gepölzt sind, wo es die ganze Nacht in den Mauern rieselt und rauscht, weil das ganze Bauwerk schon in Bewegung ist. Wir sind nicht in der Lage, diesen Leuten, diesen Familien — es sind meistens blutarme Menschen — eine Wohnung zu geben. Sie müssen in Räumen schlafen, wo sie nicht nur ungesund wohnen, sondern wo sie jede Stunde davon bedroht sind, daß sie eventuell durch Einsturz des Hauses sogar noch an ihrem Körper unmittelbar Schaden erleiden könnten.

Es ist daher für uns ungemein bedauerlich, wenn man hört, daß wir in Niederösterreich, verglichen zur wirklichen Wohnungsnot in den Städten und Industriegemeinden, nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 einen Anteil bekommen, der den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird. Hier hat sich wieder einmal die Statistik gründlich geirrt. Die besagte Statistik für Niederösterreich, daß sehr viele Dorfgemeinden und wenig Industriegemeinden aufweist, ist erdrückt worden durch Berichte aus jenen Gemeinden, die von einer Wohnungsnot angeblich nichts wissen wollen. Ich sage ausdrücklich, nichts wissen wollen, obwohl sie auch dort tatsächlich besteht. Ein Umstand, der für die Abwanderung der Bevölkerung aus den Dörfern maßgebend ist, also für die sogenannte Landflucht, besteht darin, daß eben die Menschen in den Dörfern keine entsprechende Wohnung bekommen, und wenn sie eine Wohnung haben, müssen sie einen unverhältnismäßig hohen Mietzins bezahlen, der den Wert dieser Wohnung bei weitem übersteigt. Das ist mit ein Grund dafür, daß die Landflucht nicht zum Still-

stand kommt, und die Menschen sich immer wieder in die Städte drängen und dort in jedes Loch einziehen. Dann kommen sie schon nach ganz kurzer Zeit zum Wohnungsamt und erklären, sie können in dieser Wohnung nicht weiter wohnen. Gesundheitlich betrachtet haben sie gewiß recht, sie können wirklich dort auf die Dauer nicht wohnen, weil diese sogenannten Wohnungen als menschenunwürdig zu bezeichnen sind. Wir haben also zum Voranschlag für dieses Jahr zu sagen, daß wir über die Beträge, die für die Wohnbauförderung vorgesehen sind, etwas enttäuscht sind. Sie werden viele Hoffnungen der Wohnungssuchenden nicht erfüllen. Ich werde diesbezüglich in der Spezialdebatte noch auf einige besondere Dinge hinweisen.

Der Voranschlag, den wir heute zu behandeln haben, zeigt also, daß er bei weitem nicht allen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Das stelle ich nicht mit dem Ton des Vorwurfes fest, sondern nur deswegen, weil ich damit ausdrücklich unterstreichen will, daß wir uns der finanziellen Grenzen des Landes vollkommen bewußt sind. Es ist leider so, daß die Gebietskörperschaften alle Dinge, die sich als notwendig erweisen, nicht ausführen können.

Der Herr Vorredner hat uns Sozialisten — ich habe nur für meine Partei zu sprechen — eine Vorlesung über echte Demokratie gehalten, und ein sehr milder Vorsitzender hat ihn alle diese Dinge erzählen lassen. Der Herr Vorredner hat betont, daß diese Dinge mit dem Voranschlag in Verbindung stehen, weil sich die wirtschaftliche und politische Lage des Landes in diesen Dingen widerspiegelt. Ich weiß nicht, ob er einen Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei bekommen hat, über diese Dinge zu reden, und uns zu ermahnen, zu tadeln und zu beschimpfen. Zu diesem Gemisch von Dingen, die wir da gehört haben, müssen wir sagen, daß sie doch mit der internen Arbeit, wie sie eine Finanzvorlage über den Voranschlag verlangt, nichts zu tun haben. Wir halten es nicht für glücklich, daß große Probleme in dieser Form in die Budgetverhandlung hineingeworfen werden. Wenn der Herr Abgeordnete Dubovsky zum Beispiel gesagt hat, Österreich stehe vor der Gefahr zerrissen und geteilt zu werden, so möchte ich dazu nur sagen, er möge seinen Auftraggebern, den Russen, sagen, daß sie in Berlin die Gelegenheit gehabt hätten, durch ihre Unterschrift unter das Vertragswerk mit einem Schlag die Gefahr der Zerreißen Österreichs zu verhindern. Das ist aber nicht geschehen, und es werden daher dadurch die Gegensätze noch mehr gesteigert, sodaß wir in eine Situation kommen, die sich wirtschaftlich nicht günstig auswirkt. Wir sind der Meinung, daß wir Sozialisten in dieser Frage immer eine korrekte Stellung beziehen müssen, die dahin geht, daß wir jede Besatzungsmacht im Lande ablehnen, gleich ob

sie in Linz oder in Innsbruck, in Salzburg oder in Wien sitzt. Wir brauchen alle vier Besatzungen miteinander nicht. Wir wollen allein versuchen, unser Land aufzubauen. Selbstverständlich aber sind wir Sozialisten für internationale Zusammenarbeit mit jedem Land und insbesondere mit dem Nachbarland. Wenn man da eine Zusammenarbeit anstrebt und versuchen will, wirtschaftliche Voraussetzungen zu schaffen, damit wir teilhaben können an einem großen Wirtschaftskörper, weil es ja absolut sicher ist, daß die kleinen Wirtschaftskörper in der heutigen Welt keine Existenzberechtigung mehr haben, wenn wir also nach Ausdehnung und Ausweitung unserer Wirtschaft, somit nach Anteilnahme an dem Weltmarkt streben, so kann man doch nicht immer gleich sagen, daß wir unsere Souveränität aufgeben, daß wir Österreich verraten wollen und derlei Dinge mehr, wie sie uns an den Kopf geworfen werden. Man kann nicht immer über internationale Solidarität und internationale Zusammenarbeit reden, wenn man einer anderen politischen Gruppe die Berechtigung versagen will, auch nach außenhin Beziehungen anzuknüpfen.

Das alte Lied über Amerika, das haben wir in diesem Hause schon so oft gehört. Wir wären froh, wenn wir von keiner Seite etwas wissen würden, aber diese einseitige Hetze gegen ein Land halten wir für nicht glücklich, weil wir letzten Endes mit allen Ländern gut auskommen wollen. Und in Amerika — so lasse ich mir erzählen, denn ich war noch nicht drüben — wohnt eine große Anzahl von Arbeitern, man liest auch in den Statistiken von einer ungeheuren Beschäftigtenzahl. Amerika ist nicht nur das Land einiger kleiner Gruppen großer Kapitalmagnaten, sondern das Land von Dutzenden Millionen arbeitender Menschen, und ich bin überzeugt, daß auch diese im Kampf um ihre Existenz und ihren Aufstieg Erfolge gegenüber der kapitalistischen Seite erzielen werden. Man kann also die Dinge nicht immer einseitig sehen und uns vorwerfen, weil wir zu Amerika halten, daß wir dadurch einen Verrat an unseren Prinzipien begehen.

Der Voranschlag des Landes Niederösterreich, den wir nun zu beraten und zu beschließen haben, zeigt uns im wesentlichen eine Reihe von Wünschen und Forderungen, die in Erfüllung gegangen sind. Wenn der Finanzausschuß die Vorlage umgearbeitet hat, und diese neue Vorlage nun in Druck vor uns liegt, so ist das keine besondere und auch keine außergewöhnliche Angelegenheit. Die Zeiten ändern sich rasch, und die Erkenntnis, daß man in einer echten Zusammenarbeit Dinge, die sich als notwendig erweisen, gegenseitig anerkennt, ist ein Zustand, der wünschenswert ist und den man begrüßen kann. Der Landtag wird nun, wie der Finanzreferent meint, den Voranschlag zu vertreten und die Verantwortung auf sich zu nehmen haben, daß das Mehr an Ausgaben auch

tatsächlich gedeckt wird. Wir sind überzeugt, wenn man die Konjunktur aufrecht erhalten will, daß die öffentliche Hand schon mit großen Investitionen wird nachhelfen müssen. Ich habe mich gefreut, als der Herr Abgeordnete Dubovsky ausgerufen hat, heute hätten wir Hochkonjunktur, denn ich kann mich erinnern, daß er hier schon wiederholt erklärt hat, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreichs unmittelbar vor der Türe steht. Wir haben wirklich in Österreich eine verhältnismäßig gute Konjunktur, das wird von niemand bestritten. Das der Anteil der Arbeiter an den Erträgen dieser Konjunktur noch lange nicht vollständig und zufriedenstellend abgedeckt wird, steht außer Streit. Aber die Arbeiterschaft ist es gewohnt, um ihre Besserstellung zu kämpfen, und sie nützt auch diese Konjunktur ununterbrochen aus, um da und dort eine Besserstellung ihrer Lebenshaltung zu erreichen.

Die günstige Konjunktur legt uns aber auch eine gewisse Verpflichtung auf, denn es wäre verhängnisvoll, wenn eine Zeit kommen würde, in der man wieder von einer wirtschaftlichen Krise sprechen müßte. Das würde auch für das Land Niederösterreich schwere finanzielle Sorgen mit sich bringen. Ich meine daher, daß die Landesregierung alles daransetzen soll, um der Bundesregierung die besondere Lage Niederösterreichs zum Bewußtsein zu bringen. Wenn es dem Bunde gut geht, wird es leichter möglich sein, den vielen Vernachlässigungen Niederösterreichs endlich einmal eine Barriere zu bieten. Man wird uns da vielleicht früher Zugeständnisse machen, als wenn wir wieder in eine Zeit kommen, wo es allen miteinander schlecht geht. Ich glaube daher, daß der Landtag von Niederösterreich die Landesregierung ersuchen muß, auf den Gebieten, die ich aufgezählt habe — es gibt aber noch mehr —, der Bundesregierung zum Bewußtsein zu bringen, daß hier eine Änderung eintreten muß, und daß man dem Bundesland Niederösterreich das geben muß, was es unbedingt braucht, um seine Aufgaben auch in der Zukunft erfüllen zu können.

Wir Sozialisten werden also für dieses Budget stimmen, selbstverständlich auch deshalb, weil wir im Finanzausschuß für eine Reihe unserer Anträge, die wir für zweckmäßig hielten, auch die Zustimmung der beiden Parteien gefunden haben.

Ein einmütig beschlossenes Budget wird der Öffentlichkeit beweisen, daß Niederösterreich entschlossen ist, den Kampf um sein Dasein fortzusetzen. Wir werden unter anderem auch unter Beweis stellen, daß wir uns bemühen, durch arbeitschaffende Ausgaben die jetzige gute Konjunktur nicht nur zu halten, sondern womöglich zu steigern. Wenn wir das tun, haben wir als Volksvertretung unsere Pflicht erfüllt, und es kann jeder, der uns bei unserer Arbeit überprüft, sagen: Unter den gegebenen Umständen war das, was in diesem Lande geschehen ist, das denkbar

Beste und das Mögliche. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir das Budget beurteilt, von dieser Auffassung lassen wir uns tragen, und wir stimmen für das Budget, weil es viele Fortschritte, soziale Erleichterungen und Arbeit für viele Menschen bringt und so — was das Wichtigste ist — in jeder Beziehung dem Lande Niederösterreich dient. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt der Herr Abg. HilgARTH.

ABG. HILGARTH: Hohes Haus! Auf Grund des Art. 23 der Landesverfassung ist die Landesregierung verpflichtet, bei Ablauf des Jahres dem Landtag den Voranschlag für das kommende Jahr zu unterbreiten. Geschieht diese Unterbreitung rechtzeitig und hat der Landtag die Möglichkeit, darüber in die Verhandlungen einzutreten, so kommt das normale Budget zustande, so wie wir das im Laufe der vergangenen vier Jahre ständig erlebt haben. Ist dagegen der Landtag nicht in der Lage, die Verhandlungen noch vor Ablauf des Jahres zu vollenden, oder hat die Landesregierung nicht die Möglichkeit, den Voranschlag rechtzeitig einzubringen, so ist der Landtag — so wie das in der jetzigen Periode geschehen ist — genötigt, über ein Budgetprovisorium zu verhandeln.

Wir haben auch am Ende des vergangenen Jahres 1954 ein solches Budgetprovisorium zu beschließen gehabt, damit die Verwaltung in der ersten Zeit des Jahres 1955 in die Lage versetzt wird, ihren Verpflichtungen nach den verschiedensten Seiten hin nachzukommen.

Ich erinnere mich noch ganz genau daran, daß bei der Behandlung des Budgetprovisoriums manche Bedenken von der linken Seite geäußert wurden. Vor allem hat man an dieses Budgetprovisorium die Meinung geknüpft, daß durch das Fehlen eines ordentlichen Budgets die Arbeitslosigkeit in diesem Winter neuerlich einen Anstieg erfahren werde.

Wir sind nun in der glücklichen Lage, am Ende des Monats Jänner, also planmäßig und zeitgerecht, so wie es vorgesehen war, das ordentliche Budget dem Landtag zur Verhandlung zu unterbreiten. Die Befürchtung, durch das Fehlen eines ordentlichen Budgets werde die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich wieder steigen, ist nicht Wirklichkeit geworden. Das Budgetprovisorium für den Monat Jänner des Jahres 1955 hat also vollkommen seine Aufgabe erfüllt.

Die Verhandlungen, die notwendig gewesen sind, um das Budget so einzubringen, wie es jetzt vor uns liegt, sind allen Mitgliedern des Landtages bekannt. Wenn nun in dem Streit um die Verteilung der Referate manche Meinungen geäußert wurden, ob hier ein politisches Kräftespiel am Werke gewesen ist, das am Ende mit einer Ka-

pitulation der Sozialistischen Partei endete, so möchte ich namentlich im Zusammenhang mit den Ausführungen des Herrn Abg. Dubovsky auf eine Äußerung des Herrn Kollegen Wondrak zu sprechen kommen. Der Herr Kollege Wondrak hat erklärt, daß bei einem weiteren Verlauf der verschiedenen Wahlentscheidungen in dem Sinn, wie sie jetzt stattgefunden haben, es mit mathematischer Sicherheit zu berechnen wäre, wann die Österreichische Volkspartei in Niederösterreich ihre Mehrheit verliert. Meine Herren, ich glaube, daß da ein Trugschluß vorliegt. Denn wenn man die Entwicklung seit der Präsidentenwahl verfolgt, so kann man diesen Schluß für die Zukunft nicht ziehen.

Der Herr Abg. Dubovsky hat nun noch gemeint — und er hat dabei vielleicht einen neuen Ausdruck in diese Differenzen hineingebracht —, die Sozialistische Partei sei die Gewinnerin in diesem Wahlkampf gewesen. Dazu möchte ich nur darauf hinweisen, daß ich bereits in der letzten Landtagssitzung einen Vergleich angestellt habe. Aber die Bemerkung, die heute gefallen ist, veranlaßt mich, neuerlich zu einem Vergleich. (*Abgeordneter Dubovsky: Man kann nur Apfel mit Apfel, Landtag mit Landtag und Nationalrat mit Nationalrat vergleichen!*) Herr Kollege, passen Sie auf, Sie kennen genau so gut das Kartenspiel „Schnapsen“, wie ich es kenne. Wie ist es nun da? Wer 66 erreicht hat, ist der Gewinner — und wenn der andere nur 65 hat, so hat er das Bummer! (*Heiterkeit und Zwischenrufe.*) Das ist hier der Fall gewesen. Ich will dabei keine Kritik an dem Wahlausgang üben, sondern was ich hier zum Vergleich herangezogen habe, möge nur eine Feststellung sein, die sich mir auf Grund der Äußerung des Abg. Dubovsky von der „Gewinnerin“ aufgedrängt hat.

Nun glaube ich wohl, daß über die ziffernmäßigen Ansätze des Budgets, wie es vor uns liegt, bisher wenig in der Generaldebatte gesprochen worden ist. Der Herr Abg. Dubovsky hat ja den Beweis erbracht, daß man gerade zu dem Gegenstand „Budget“ über etwas anderes als über den Inhalt der Vorlage reden kann, die uns jetzt zur Begutachtung vorliegt. Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur einige charakteristische Merkmale dieses Budgets hervorheben.

Zunächst einmal ist die Tatsache festzustellen, daß dieses Budget ursprünglich eine andere Fassung gehabt hat. Diese Fassung wurde im Laufe der Verhandlungen des Finanzausschusses geändert, und es liegt uns nun eine Neuauflage des Budgets vor. Diese abgeänderte Fassung bedeutet nicht, wie der Herr Abg. Dubovsky gemeint hat, ein Abgehen von demokratischen Regeln, sondern im Gegenteil, ich bezeichne gerade diese Art der Verhandlungen als ein echt demokratisches Vorgehen, weil uns hier nicht ein Speisezettel zur Annahme vorgelegt wurde, sondern weil wir

innerhalb gewisser Grenzen — das müssen wir zugeben — die Möglichkeit gehabt haben, an der Vorlage, die uns das Finanzreferat gegeben hat, grundlegende Änderungen vorzunehmen. (*Abgeordneter Dubovsky: So wie es die Referate verlangt haben!*) (*Dritter Präsident Endl übernimmt den Vorsitz.*) Die grundlegenden Änderungen — das weiß der Herr Abg. Dubovsky ganz gut, er war ja Zuhörer im Finanzausschuß — haben sich in der Regel auf das außerordentliche Budget bezogen. Im Finanzausschuß wurde bereits die Feststellung gemacht, daß an den Ziffern des ordentlichen Budgets nicht viel zu ändern sein wird. Es gibt nur ganz wenige Kapitel, wo vielleicht noch kleine Änderungen vorgenommen werden können. Der ordentliche Voranschlag besteht zum größten Teil aus Pflichtziffern, über die wir keineswegs hinwegkommen. Das Ergebnis sämtlicher Beratungen und Anträge hat gezeigt, daß für den ordentlichen Voranschlag bloß eine geringfügige Erhöhung möglich war, im Gegenteil zum außerordentlichen Voranschlag, wo eine Erhöhung um fast 70 Millionen Schilling untergebracht werden konnte. Das war auch durchaus berechtigt, denn der außerordentliche Voranschlag ist ja der Teil unseres Budgets, der jenen Bedürfnissen dient, die nicht regelmäßig wiederkehren, die sich aber hauptsächlich arbeitsvermehrend und wertschaffend im Lande auswirken.

Wenn also das Budget des Landes Niederösterreich die Aufgabe hat, einer geordneten Verwaltung die Möglichkeiten in die Hand zu geben, das Jahr finanziell durchzustehen, dann hat es noch eine zweite Aufgabe, nämlich die, im Einvernehmen mit anderen Faktoren dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosigkeit im Lande nicht mehr so in Erscheinung tritt, wie dies vielleicht noch vor einem Jahre der Fall gewesen ist. Der Herr Abgeordnete Dubovsky hat wohl in seinen Ausführungen von Arbeitslosigkeit nicht gesprochen, aber der Herr Präsident Wondrak hat ganz richtig gesagt, daß der Herr Abg. Dubovsky im Vorjahre alles schwarz in schwarz gesehen hat, während wir heute von ihm schon das Wort „Hochkonjunktur“ hören konnten. In Niederösterreich war der Stand der Arbeitslosen zu Anfang 1954 mit 59.703 ausgewiesen; er ist im November 1954 auf einen Stand von 21.368 gesunken. Ich will hiezu nicht die gewagte Behauptung aufstellen, daß zu dieser günstigen Entwicklung nur die verschiedenen finanziellen Maßnahmen des Landtages, die durch die Landesregierung zur Durchführung gebracht wurden, allein beigetragen haben. Hiezu haben auch noch andere Kräfte mitgewirkt, die in der guten Wirtschaftslage im gesamten Bundesgebiet ihren Ausdruck gefunden haben. Ich habe damals erklärt, daß der richtige Wertmesser des Standes auf dem Arbeitsmarkt nicht die Zahl der Arbeitslosen, sondern vielmehr die Zahl der Beschäftigten ist.

Ich kann feststellen, daß der Beschäftigtenstand im gesamten Bundesgebiet zu Anfang des Jahres 1954 mit 1.832.800 angegeben ist, während er mit Ende des Jahres 1954 die Zahl von 2.060.500 erreicht hat.

Wenn Sie diese Ziffern auf Niederösterreich bezogen wissen wollen, so geht aus den Statistiken der Krankenversicherungsanstalten hervor, daß hier ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Wir hatten im Jänner 1953 250.900 Beschäftigte; wir hatten aber dann im November 1953 bereits 280.654 Beschäftigte, und am Ende 1954 haben wir den Höchststand von 293.433 Beschäftigten erreicht.

Ich glaube wohl, daß die verschiedenen Maßnahmen des Landes wesentlich dazu beigetragen haben, um gerade in Niederösterreich diese günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt herbeizuführen. Freilich wäre es nicht möglich gewesen, wenn nicht eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik im gesamten Bundesgebiet durchgeführt worden wäre. Diese Entwicklung geht aber schon auf das Jahr 1952 zurück. Sie wissen, daß das damals den Streit wegen der Vorverlegung der Nationalratswahlen 1953 herbeigeführt hat. Der ausgeglichene Bundesvoranschlag hat aber für späterhin seine günstigen Wirkungen gezeigt, denn es wurde damit die Festigung der Währung durchgeführt, es wurde das Vertrauen zur Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes in der Bevölkerung gefestigt, und es haben sich die verschiedenen Maßnahmen auch marktpolitisch durch die Reaktivierung der Zahlungs- und Handelsbilanz ausgewirkt. Es wurde die Kursvereinheitlichung durchgeführt, wobei erstmalig die Zahlungsbilanz unserer Republik auf ein Aktivum gestiegen ist, wogegen im vergangenen Jahr noch ein Abgang zu verzeichnen war. Die Abrechnung bei der EZU hat ergeben, daß Österreich als Gläubiger aufsteht, und die Liberalisierung hat uns dort einen positiven Stand von mehreren Millionen erbracht. Die Spareinlagen sind gestiegen, der Kapitalmarkt ist dadurch belebt worden, und wenn auch der Kapitalmarkt vielleicht zunächst nur auf der Geldseite einen stärkeren Ansporn bekommen hat, so zeigen sich jetzt bereits die Anfänge dafür, daß sich auch der Anlagemarkt belebt, wodurch die Kreditmöglichkeiten gehoben werden, sodaß letzten Endes auch unser Voranschlag einen Vorteil genießt und damit der Arbeitsmarkt in Niederösterreich günstig beeinflusst wird, wie ich es zuvor gesagt habe.

Wenn der Abg. Dubovsky in diesem Zusammenhang Bilanzen von einigen Großbetrieben in Niederösterreich herausgegriffen hat, so glaube ich, daß er sie so ausgesucht hat, damit sie für seine Argumente zutreffen. Aber angenommen, es sei wirklich nicht aus diesem Grunde geschehen, so ist der Vergleich der bei Semperit, bei der Schwechater Brauerei, der Perlmöoser A. G., der Kar-

toffelverwertungs-A.G. und der Firma Heid gemachten Rücklagen mit den Löhnen eigentlich nicht etwas, was im Gegensatz zueinander steht, sondern etwas, was sich gegenseitig wesentlich unterstützt. Wenn der Abg. Dubovsky kritisiert hat, daß Semperit, ich glaube 60 bis 100 Millionen Schilling an Rücklagen tätigen konnte, daß weiters die Schwechater Brauerei im Laufe dieser Zeit ihre Rücklagen um 86%, die Perlmöoser um 47%, die Kartoffelverwertungs-A. G. um 74% erhöht haben, so sehe ich in dieser Erhöhung nichts anderes, als die Sicherung dieser Betriebe, denn von wo sonst sollten diese Betriebe den Investitionsaufwand für die Verbesserung ihrer Betriebsführung aber auch die Gelder für eventuelle Rückschläge hernehmen, wenn diese Rücklagen nicht geschaffen worden wären? (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Gerade auf Grund solcher Rücklagen haben Forderungen der Belegschaft, wenn sie nicht ins Blitzblau gehen, Aussicht auf einen erfolgreichen Abschluß, sodaß hier tatsächlich der Nutzen für die gesamte Bevölkerung zutage tritt.

Der Herr Abg. Dubovsky glaubt auch, daß uns durch den Bund Steuern nicht zugeführt werden, die uns zukommen. Ich frage ihn, warum er nicht einmal eine solche Abrechnung von den USIA-Betrieben gibt. Es würde bestimmt den ganzen Landtag interessieren, wenn man auch von diesen Betrieben die Rücklagen und den Lohnaufwand statistisch richtig erhalten könnte.

Der Abg. Dubovsky hat auch darüber Klage geführt, daß die Zergliederung der Ertragsanteile im heurigen Budget fehlt. Diese Dinge finden eine ganz einfache Aufklärung. Das Finanzministerium war zwar in der Lage, die Aufgliederung der Ertragsanteile des alten niederösterreichischen Gebietes bekanntzugeben, hat sich aber außerstande erklärt, die Randgemeinden dazuzunehmen, und daher war natürlich ein Vergleich — man kann immer nur Gleiches mit Gleichem vergleichen — nicht möglich, weil wir sonst wohl einen Teil gehabt hätten, der andere aber gefehlt hätte. Darum also war die Aufgliederung bei diesem Voranschlag nicht möglich.

Nun ist der Herr Abg. Dubovsky mit einem sehr großen Sprung vom Budget des Landtages auf das Budget des Bundes übergegangen und hat versucht, einen Zusammenhang herzustellen, der meiner Meinung nach nicht so sehr mit dem Budget des Bundes, zu machen gewesen wäre, als vielmehr mit dem Finanzausgleichsgesetz. Er stellte die Frage: Wer ist Zahler und wer ist Genießer? Diese Frage ist natürlich einfach zu stellen, aber nicht so einfach zu beantworten.

Wenn der Herr Abg. Dubovsky in bekannter Fortsetzung von früheren Jahren hier wieder auf das sogenannte Bundespräzipuum kommt, so ist das für uns, die wir schon längere Zeit hier im Landtag sitzen, nichts Neues. Ich bitte die Mitglieder des Hohen Landtages, sich einen Vergleich

anzuhören. Ich lese etwas vor, was der Abg. Dubovsky im Jahre 1953 in diesem Hause gesprochen hat, und ich bitte Sie, sich jetzt um eine Stunde zurückzuerinnern, vielleicht fällt Ihnen der Gleichklang auf. Er hat gesagt (*liest*): „Unter dem Vorwand des drohenden Staatsbankrotts wurde das sogenannte Notopfer der Gemeinden und Lärder eingeführt, das von vorneherein mit zwei Jahren befristet gewesen ist und das ausschließlich dazu bestimmt war, diesen drohenden Staatsbankrott zu überbrücken. Die ganze Frage des sogenannten Finanzausgleiches, die Frage der sogenannten Notopferpolitik — zuerst hieß es Notopfer, dann Bundespräzipuum, jetzt heißt es Vorzugsanteil — ist doch ein Mittel, um die Länder und die Gemeinden in ihrer Gesamtheit um ihre berechtigten Anteile zu bringen.“

So war es im Jahre 1953, und so ist es auch jetzt gewesen. Ich glaube daher, daß wir diese Argumente schon des öfteren gehört haben, daß sie aber nichts Neues bringen, und wir wissen genau, wie die Situation mit diesem Bundespräzipuum aufzufassen ist.

Der Abg. Dubovsky hat sich auch darüber beschwert, daß die Rechnungsabschlüsse der Jahre 1952 und 1953 noch nicht behandelt wurden und daher ein Vergleich mit dem Voranschlag 1955 nicht möglich ist. Ich möchte zunächst eine Feststellung über das Jahr 1952 machen. Ich glaube, allen Mitgliedern des Landtages ist ja der Rechnungsabschluß 1952 bereits übermittelt worden, es konnte daher jeder Abgeordnete den Vergleich zwischen 1952 und 1955 anstellen. Ja ich möchte noch weitergehen: Wenn der Abg. Dubovsky unseren jetzigen Voranschlag richtig gelesen hat, so wird er gefunden haben, daß die Zahlen des Rechnungsabschlusses 1953 drinnen stehen, und zwar zum Vergleich drinnen stehen, sodaß auch hier für jeden Abgeordneten die Möglichkeit gegeben ist, den Rechnungsabschluß 1953 für die richtige Beurteilung des Voranschlages 1955 heranzuziehen. Daß der Rechnungsabschluß 1953 noch nicht verhandelt wurde, liegt auch daran, daß er jetzt von den Beamten des Rechnungshofes überprüft wird und eben erst nach Abschluß dieser Überprüfung dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Unser heutiger Voranschlag zeichnet sich natürlich durch verschiedene Besonderheiten aus, und diese liegen sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite. Aber es freut mich eines — und das ist gut —, nämlich daß einer der Posten besonders niedrig angesetzt erscheint in unserem Voranschlag, und zwar weist die Gruppe 1, Polizei, wiederum nur einen Betrag von 5000 S aus. Ich kann mich genau erinnern, daß früher einmal gerade das Kapitel Polizei uns Niederösterreichern zum Vorwurf gemacht wurde; man hat uns vorgeworfen, daß wir Kriegsrüstung be-

treiben. Nun, mit diesen 5000 S sind wir diesmal aus dieser Klemme heraußen. Und wenn wir jetzt vielleicht wieder hören müssen, daß auf dem internationalen Himmel neue Hindernisse auftauchen, wegen der der Staatsvertrag nicht abgeschlossen werden kann, dann, glaube ich, sind wir es schon gewöhnt, daß wir da immer Dinge hören, auf die wir keinen Einfluß haben. Wie war es denn mit der Frage Triest? Wie hätten wir Österreicher die Triester Frage lösen sollen? Unmöglich! Wie war es mit der Frage der Grenzziehung in Jugoslawien? Wie hätten wir diese Frage erledigen können, wenn sich die vier Großen darüber nicht einigen konnten! Und wenn uns heute vorgehalten wird, daß wir die Aufrüstung in Westdeutschland verhindern sollen, dann frage ich, ob wir imstande sind, uns dort so einzuführen? (*Abg. Dubovsky: Sind Sie dafür oder dagegen? — Abg. Stangler: Sind Sie für die Aufrüstung in Ostdeutschland? Sind Sie dafür oder dagegen?*) Man wirft uns immer einen Brocken hin, den wir selber nicht verdauen können, und beschuldigt uns dann, daß wir diejenigen sind, die eine Ordnung dieser Dinge hintertreiben. So einfach ist die Sache nicht. Ich muß daher schon darauf hinweisen, daß es natürlich auch nicht angeht, ständig die Mitglieder der ÖVP. als Reaktionäre, Rückschrittler, Kriegstreiber und weiß Gott was alles zu bezeichnen.

Wenn nun der Abg. Dubovsky eine Zahl von Personen seiner Partei genannt hat, die sich für die Wiedererstehung Österreichs geopfert haben, dann kann ich von uns dasselbe behaupten. Ich will keine Ziffern dazu anführen, weil ich offen zugebe, daß ich sie nicht kenne. Ich bin davon überzeugt, daß Sie die Zahl derer auch nicht genau kennen, die in ihren Reihen sich für dieses Ziel geopfert haben. Aber Sie können die Versicherung hinnehmen, daß wir nicht das geringste Interesse daran haben, irgendwie einen Anschluß an das Deutsche Reich, ob nun West oder Ost, zu erreichen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Gerade das Zitat, daß Sie aus der „Furche“ gebracht haben, beweist ja, daß insbesondere die Menschen dieser Weltanschauung von einem Zusammenschluß nichts wissen wollen. (*Abg. Dubovsky: Das habe ich auch gesagt!*) Aber ich glaube, man darf dann den anderen nicht beschuldigen, daß er Bestrebungen hat, die auf einen Zusammenschluß abzielen. Denn ich habe Ihnen schon das letzte Mal — und ich wiederhole es noch einmal — erklärt: Wir lehnen es ab, eine Ostmark des Deutschen Reiches zu sein, und wir lehnen es aber aus demselben Grunde ab, eine Westmark östlicher Mächte zu sein! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dubovsky: Aber für die Aufrüstung seid ihr!*) Das ist eine Behauptung, die man wieder aufstellt, wenn man sie braucht. Wenn Sie diese Meinung, daß wir für die Aufrüstung sind vertreten, dann bitte ich Sie, Herr Kollege, schauen Sie ein wenig über die Grenzen in die

Tschechoslowakei und sagen Sie, wie dort die Aufrüstung steht! Sagen Sie mir, was wir mit den 5000 S, die wir im Budget für die Polizei geben, für eine Aufrüstung machen können! Ich habe einmal behauptet, nicht einmal einen Fliegenpracker für jeden Mann!

Es ist leider Gottes bei uns so, daß jede Handlung oder eine Unterlassung eines anderen bereits mit einem Hintergrund bemalt wird, der eine Verdächtigung allerärgster Art beinhaltet. Gegen diese Brunnenvergiftung wehren wir uns ganz entschieden. Wenn Sie, Herr Abg. Dubovsky, hier der Sozialistischen Partei einerseits eine gewisse Drohung hingeworfen haben, auf der anderen Seite ihr aber ein Zuckerl vorhalten, sich mit Ihnen zu vereinigen, und wenn Sie die Verhandlungen der beiden Regierungsparteien damit gekennzeichnet haben, daß ein Kompromiß geschlossen wurde, das eine Niederlage der Sozialistischen Partei bedeutet (*Abg. Dubovsky: Der Graf hat das gesagt!*), so sage ich ganz offen: Ist man zu einem Kompromiß im Wege echter Demokratie bereit, so gibt es keinen unterlegenen und keinen gewinnenden Teil in einer solchen Angelegenheit (*Zustimmung bei der ÖVP.*), sondern dann hat man das Interesse der Allgemeinheit im Auge! Das ist auch in diesem Falle geschehen.

Wir wissen, daß Sie immer wieder gerne einen Rückblick in die Vergangenheit halten. Dazu möchte ich eine Mahnung aussprechen: Blicken wir nicht in die Vergangenheit zurück, um einen Streit von früheren Zeiten aufzufrischen, wir würden dabei die Gegenwart vergessen! Und allen Mitgliedern dieses Hauses sage ich, daß wir bei diesem Vergessen der Pflichten der Gegenwart unsere Zukunft verlieren würden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir betrachten den vorliegenden Voranschlag als eine Notwendigkeit, um auf der einen Seite die demokratischen Rechte des Landtages ins Spiel treten zu lassen, denn gerade dieses eminent wichtige Recht des Landtages, über den von der Landesregierung vorgelegten Voranschlag zu entscheiden, ist von hoher, wichtiger politischer Bedeutung, und von dieser Möglichkeit haben wir diesmal Gebrauch gemacht. Auf der anderen Seite aber ist dieser Voranschlag dazu bestimmt, den verschiedenen Referaten jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Aufrechterhaltung der Verwaltung notwendig sind und eingesetzt werden müssen, damit das Land auch seinen Teil in der Frage der Arbeitsbeschaffung beitragen kann. Daher haben wir auch im außerordentlichen Voranschlag hauptsächlich jene Kapitel so stark erhöht, bei denen es entweder um die Fortsetzung bereits begonnener Arbeiten

oder um die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten geht. Ich glaube, daß jeder Abgeordnete hier seine Pflicht erfüllt hat und daher auch mit ruhigem Gewissen die Verantwortung für diese Handlungen übernehmen kann.

Meine Damen und Herren! Es werden jetzt immer öfter Vergleiche zwischen uns und dem Deutschen Reich durchgeführt. Dazu möchte ich folgendes feststellen: Das Deutsche Reich hat sich in einem Teil die Freiheit erkaufte, aber sie hat dafür einen hohen Preis zahlen müssen, es wurde geteilt! Wir Österreicher haben die Einheit, aber wir bitten die Großmächte, sie sollen uns zu dieser Einheit auch noch die Freiheit geben. (*Lebhafte Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Der nächste zum Wort gemeldete Redner ist nicht anwesend, er verliert daher das Wort. Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. SCHÖBERL (*Schlußwort*): Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte in die Spezialdebatte einzugehen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte*): A n g e n o m m e n.

Ich hoffe, daß die Spezialdebatte mit Ihrem Einverständnis morgen begonnen werden kann.

Ich ersuche um Kenntnisnahme, daß morgen um 9 Uhr 15 Min. eine Sitzung des Gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses im Prälatensaal stattfindet. Tagesordnung: Zahl 63, betreffend den Voranschlag des Schulbaufonds für Niederösterreich für 1955.

Im Anschluß an diese Sitzung tagt der Schulausschuß. Tagesordnung: Zahl 29, betreffend den Dienstpostenplan-Nachtrag 1954/55 für die öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen Niederösterreichs, und Zahl 34, betreffend das Gesetz über die Errichtung einer Hauptschule in Gerasdorf.

Der Verfassungsausschuß tagt morgen um 9 Uhr 30 Min. im Herrensaal. Die Einladung befindet sich in den Händen der Herren Abgeordneten.

Die nächste Sitzung des Landtages findet morgen, den 26. Jänner um 10 Uhr statt. Tagesordnung: Spezialdebatte zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1955.

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Schluß der Sitzung um 18 Uhr 42 Min.*)